

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 19, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Inhalt:

Der Steuerzettel in Sicht! II. — Die Lage der städtischen Arbeiter in Chemnitz. I. — Aus den Münchener Gaswerken. — Nachschäftsbericht der Generalkommission für 1907. — Karl Marx und die Arbeiter. (Schluß.) — Das Haushaltsbudget eines Leipziger städtischen Arbeiters. — Aus der Praxis für Arbeiterversicherung. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Verewegung. — Rundschau. — Anzeigen.

Der Steuerzettel in Sicht!

II.

Einkommensteuerpflichtig sind nun in Preußen erstens alle preußischen Staatsangehörigen (sofern sie natürlich steuerpflichtiges Einkommen haben) und zweitens diejenigen Angehörigen anderer Bundesstaaten, welche, ohne in ihrem Heimatstaate einen Wohnsitz zu haben, in Preußen wohnen, oder ohne in Deutschen Reich einen Wohnsitz zu haben, sich in Preußen aufhalten. Falls ein Deutscher in seinem Heimatstaate keinen Wohnsitz hat, aber in mehreren anderen Bundesstaaten mehrere Wohnsitz hat, kann der Deutsche in jedem Bundesstaat, in dem er einen Wohnsitz hat, zur Besteuerung des gesamten Einkommens herangezogen werden. Grundbesitz und Betrieb eines Gewerbes darf allerdings nur in demjenigen Bundesstaate versteuert werden, in welchem der Grundbesitz oder das Gewerbe betrieben wird.

Außer der Staatssteuer erheben die Gemeinden noch Gemeindecinkommensteuer, die Landkreise Kreissteuer, die Kirchengemeinden Kirchensteuer, und vielfach wird auch noch Schulsteuer usw. erhoben. Bezüglich der Kirchensteuer soll darauf hingewiesen werden, daß bei gemischten Ehen die verschiedenen Kirchengemeinden sich in die zu erhebende Kirchensteuer teilen. Als „gemischte“ Ehen sieht man auch die der Dissidenten an, wo der eine Ehegatte nur aus der Kirche ausgetreten, der andere aber der Kirche noch angehört. Ist z. B. der Mann Dissident, die Frau gehört der Kirche noch an, so wird von der Frau die Hälfte der Kirchensteuer verlangt.

Eine Ermäßigung der Einkommensteuer kann auch verlangt werden, wenn nachgewiesen wird, daß während des laufenden Jahres infolge Wegfalles einer Einkommensquelle oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist oder das wegfallende Einkommen anderweit zur Einkommensteuer herangezogen wird. Die Verminderung würde dann vom nächsten Monatsersten eintreten. Das bloße Sinken der Löhne begründet die Ermäßigung noch nicht, ebensowenig eine vorübergehende Arbeitslosigkeit. Längere Arbeitslosigkeit, z. B. bei den Arbeitern im Bau berufe, von 10–12 Wochen, gilt aber nicht mehr als „vor-

übergehende“ Arbeitslosigkeit. — In allen Fällen, wo Arbeitslosigkeit, Krankheit, wenn auch nur vorübergehend, eintritt, kann der Steuerpflichtige ein Gesuch um Stundung resp. Erlass der Steuern, von dem ein Schema nebst einer Reklamation am Schluß des Artikels angefügt ist, der Steuerbehörde einreichen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß ein Erlass resp. Stundung der Steuern in vielen Kommunen — wie z. B. auch in Berlin — den Verlust des Gemeindevahlrechts für die betreffende Zeitperiode nach sich zieht. Zu Wahlzeiten sind also diese Reklamationen, wenn möglich, zu vermeiden.

Steuerpflichtige, welche im Laufe des Steuerjahres ihren Wohnsitz verändern, haben sich bei dem Gemeinde- (Guts-) Vorstände des Abzugsortes ab- und bei dem des Anzugsortes binnen zwei Wochen nach erfolgtem Anzuge anzumelden und gleichzeitig über die erfolgte Veranlagung zur Einkommensteuer auszuweisen. Wer z. B. am 2. des Monats verzieht, muß für den betreffenden Monat die Steuern noch voll bezahlen, in der nächsten Gemeinde können die Steuern dann erst vom folgenden Monat ab erhoben werden. In diesem Sinne hat im Streitfalle bereits das Reichsgericht entschieden. — Wer unveranlagt geblieben ist, ist zur Entrichtung des der Staatskasse entgangenen Steuerbetrages verpflichtet und kann für die drei letzten Jahre zur Nachsteuer herangezogen werden.

Dies wären die wichtigsten Bestimmungen des preussischen Einkommensteuergesetzes. In den anderen Bundesstaaten werden die Arbeiter in ähnlicher, mitunter auch noch in schärferer Weise zur Steuer herangezogen, und deshalb ist es die Pflicht der Arbeiter, sich mit diesen Bestimmungen vertraut zu machen und ja rechtzeitig, also gegen die erste Veranlagung, zu reklamieren. Diejenigen, die zur Staatssteuer veranlagt werden, dürfen nicht warten, bis die Gemeinde mit dem zweiten Zettel, auf welchem der Gemeindegeldschlag vermerkt ist, kommt; alsdann ist in der Regel die Reklamationsfrist verstrichen. Wer z. B. im Laufe des Frühjahrs verzieht und an seinem neuen Wohnort die Veranlagung zur Staatssteuer von der Veranlagungskommission des früheren Wohnortes nachgeschickt erhält, muß die Reklamation auch dorthin richten, trotzdem er den Wohnsitz gewechselt hat. Eine Reklamation kann in nachstehender Weise eingereicht werden:

Hr. den 1. April 1908.

An den Herrn Vorsitzenden der Veranlagungskommission
Gegen einliegende Benachrichtigung von der Veranlagung zur Einkommensteuer lege ich hiermit Berufung ein und beantrage:

Ermäßigung der Steuer um eine Stufe und Veranlagung in die Stufe von 100 bis 1050 Mk.

Begründung: Laut beigefügter Bescheinigung meines Herrn Arbeitgebers (Verwaltungsdirectors oder dergl.) habe ich in dem letzten Jahre 1250 Mk. verdient.

Für zwei Kinder unter 11 Jahren erlaube ich mir 100 Mk. jährlich in Abzug zu bringen, für ein Kind über 11 Jahre, welches von mir unterhalten wird, ebenfalls 50 Mk.; ferner für Kranken-, Kassen- und Invalidenversicherungsbeiträge wöchentlich 0,60 Mk. oder jährlich 31,20 Mk. Für freie Stützkasse geben jährlich ab 26 Mk., ferner für Lebensversicherungsbeiträge 20 Mk. Unterschrift.

Bezüglich der Steuerstundung benutze man folgendes Schema:

..... den 20. Januar 1908.

An

den Herrn Vorsitzenden der Veranlagungskommission

Ich bin seit 15. Januar 1908 arbeitslos. Infolgedessen erlaube ich mir den Antrag zu stellen, mir die jetzt fälligen Steuern pro Januar, Februar, März und die später fällig werdenden Steuern während meiner Arbeitslosigkeit zu stunden, eventuell mich von der Steuer gänzlich zu befreien.

Ich bin verheiratet, habe Frau und zwei Kinder unter vierzehn Jahren zu ernähren. Unterschrift.

Zum Schluß soll noch darauf hingewiesen werden, daß in Preußen an Staatssteuern erhoben werden bei einem Einkommen von

900—1050 Mk. = 6 Mk.	1500—1650 Mk. = 21 Mk.
1050—1200 " = 9 "	1650—1800 " = 26 "
1200—1350 " = 12 "	1800—2100 " = 31 "
1350—1500 " = 16 "	2100—2400 " = 36 "

u. u. u. Die Gemeinden erheben dazu entsprechende Prozentätze an Gemeindesteuern, die selten unter 100 Prozent, meistens erheblich darüber, betragen. Wer keine 900 Mk. Einkommen hat, kann aber von 600 Mk. an, auf dem Lande auch schon bei geringerem Einkommen, zur Gemeindeeinkommensteuer veranlagt werden.

Wir wollen uns allerdings nicht verhehlen, daß zahlreiche Gemeinden bereits seit Jahren indirekt den jetzigen § 23 eingeführt hatten, indem sie die Lohnlisten der städtischen Arbeiter ihrer Betriebe nebst Ueberstunden, Gratifikationen und so weiter als Grundlage der Einschätzung benutzten. Das soll in Zukunft nun noch rigoros gehandhabt werden, wogegen wir uns wenden müssen.

Die Arbeiter haben danach zu streben, daß die Ausnahmebestimmungen des § 23 aufgehoben, daß jedes Einkommen bis 1500 Mk. ohne Einschränkung der Staatsbürgerrechte steuerfrei bleibt und daß für jedes Kind bis zum 16. Jahre nicht 50, sondern 150 Mk. in Abzug kämen. Um diese Forderungen zu verwirklichen, müßte aber eine ganz andere Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhauses erfolgen!

Die Lage der städtischen Arbeiter in Chemnitz.

I.

Die nachfolgenden Artikel von E. D. sind der „Chemnitzer Volksstimme“ Nr. 50—56 entnommen. Wie können wir mit Rücksicht auf unseren knappen Raum leider nur einen Auszug wiedergeben, der nicht einmal die Hälfte der dort gemachten Ausführungen enthält. Unsere Chemnitzer Kollegen sollten jedenfalls alle die „Chemnitzer Volksstimme“ abonnieren, um so ihren Pflichten als moderne Arbeiter gerecht zu werden.

Die Verhältnisse im Stadtkrankenhaus und den Heilanstalten sind in Nr. 7 der „Sanitätswarte“ — gleichfalls im Auszuge — geschildert.

Zeit Jahren haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Chemnitz die Forderung erhoben, das statistische Amt möge eine übersichtliche Lohnstatistik für alle in den Chemnitzer städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter schaffen, um so einwandfreies Material zu gewinnen. Denn nur so käme man den Eingaben unserer organisierten Kollegen nicht die genügende Beachtung geschenkt, weil die große Mehrzahl der bürgerlichen Stadtverordneten von einer wirklichen Notlage der städtischen Arbeiter nichts wissen wollte und die Klagen darüber für eitel Uebertreibung hielt.

Nun ist endlich unterm 19. Februar 1908 eine „Lohnstatistik“ der städtischen Arbeiter in Chemnitz an die Stadtverordneten verteilt worden, die als Passiv dienen soll, sich über die bestehenden Verhältnisse einachend zu informieren.

Die Chemnitzer Statistik beschränkt sich auf die rein tabellarische Widerspiegelung der bestehenden Lohnverhältnisse am 24. Januar 1907, der Art der Entlohnung, des wöchentlichen Jahresverdienstes der Arbeiter, die im Jahre 1906 an mehr als 250 Tagen gearbeitet haben, Ueberstundenverdienst, Alter, Beschäftigungsdauer, Mündigkeitsfristen, Lohnerhöhungen in den letzten zwei Jahren sowie Zahl und Art der Entlohnung nicht pensionsberechtigter Angestellter in Monats- und Jahresgehalt, auf die sich die Lohnstatistische Erhebung nicht erstreckt hat.

Der Statistik sind Mitteilungen der einzelnen Geschäftsteile angehängt über Arbeitsordnungen, Arbeitszeiten, Lohnfortzahlungen bei Arbeitsausfall, Lohnzulagen und Unfälle. Den Schluß bildet eine tabellarische Uebersicht der Arbeitsverhältnisse im Stadtkrankenhaus, in der Verberheilanstalt und im pathologisch-hygienischen Institut, ebenfalls vom 24. Januar 1907.

Die deutschen Stadtgemeinden treten als „Arbeitgeber“ infolge des ständigen Anwachsens der städtischen Betriebe immer mehr in den Vordergrund. Soweit Chemnitz hieran beteiligt ist, ergibt nachstehende Uebersicht vom 24. Januar 1907, in welcher die Zahl der bei den einzelnen Verwaltungsteilen des Rates beschäftigten Arbeiter angegeben wird. Gleichzeitig fügen wir die Art der Entlohnungsmethode bei.

Verwaltungsteile	Arbeiterzahl			Davon hatten				
	männliche	weibliche	zusammen	Stundenlohn	Tagelohn	Wochenlohn	nur Ueberstundenlohn	Stunden- u. Ueberstundenlohn
Tierbauamt	434	—	434	365	—	53	8	8
Gasanstalt	314	—	314	114	98	89	3	13
Wasserwerksamt	63	—	63	42	5	3	—	13
Gartenverwaltung	12	14	26	58	—	3	—	—
Stadtkrankenhaus	4	45	49	—	49	—	—	—
Hochbauamt	17	13	30	28	—	12	—	—
Elektrizitätswerk	23	1	24	21	—	3	—	—
Marshall	13	—	13	—	—	13	—	—
Friedhof	9	—	9	9	—	—	—	—
Forstverwaltung*)	8	—	8	1	—	—	—	7
Vermessungsamt	4	—	4	—	—	4	—	—
Kinderverpflegung	4	—	4	—	—	4	—	—
Musikhallenverwaltung	3	—	3	—	—	3	—	—
Archivverwaltungsamt	2	—	2	—	—	2	—	—
Waisenhaus	2	—	2	—	—	2	—	—
Branddirektion	1	1	2	—	—	2	—	—
Directorialabteilung	2	—	2	—	—	2	—	—
Polizeiamt	2	—	2	—	2	—	—	—
Speiseanstalt	1	—	1	—	1	—	—	—
Verberheilanstalt	—	1	1	—	1	—	—	—
Zusammen	148	75	1023	633	152	193	11	41

Anmerkung: So die Summe der als Stunden-, Tage- und Wochenlöhner angestellten Arbeiter größer ist als die angegebene Gesamtzahl der Arbeiter, erlaßt sich dies daraus, daß bei manchen Arbeitern eine besondere Art der Entlohnung stattfand, die also in mehreren Zeilen angeführt wurden.

Aus vorstehender Tabelle ersehen wir, daß Tierbauamt und Gasanstalt weit über die Hälfte aller städtischen Arbeiter beschäftigen. Dem Stadtkrankenhaus ist hier nur das Hauspersonal aufgeführt.

Zwei Drittel aller Stadtarbeiter (633) werden also noch im Stundenlohn beschäftigt. Freilich haben das die Chemnitzer Arbeiter mit der Mehrzahl aller städtischen Arbeiter überhaupt gemein. Aber deswegen ist das Duzieren der Stundenlöhner noch lange nicht gerechtfertigt. Auch die tageweise Bezahlung (125) sollte bei einer vorgeschrittenen Kommune nicht sein, vielmehr ist unbedingt zu fordern, daß die Wochenlöhner (193) auf alle städtischen Betriebe ausgedehnt werden. Von einer Stadt mit über einer Viertelmillion Einwohnern könnte man schon etwas mehr soziales Bewußtsein erwarten. Die Folge der Herabsetzung des Wochenlohns durch verkürzte Arbeitszeit (Winter) oder in die Woche fallende unbezahlte Feiertage kann doch nur sein, daß sich die Arbeiter nach Ueberstunden und Feiertagsarbeit drängen, um ihr ohnehin mageres Päckchen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Ist dieser Raubbau mit der menschlichen Arbeitskraft etwa ein idealer Zustand?

Wir sind der Meinung, daß ein soziales Gemeinwesen allen seinen Gliedern eine möglichst gleichmäßige auskömmliche Lohnsumme zahlen sollte, und es ist ganz und gar nicht einzusehen, weswegen die höheren und unteren Rängen sowie ein Teil der Arbeiter die Feiertage bezahlt erhalten, während die große Masse der meist schwer arbeitenden Mannschaften unerschüttert die harte Arbeit leistet. Eine Parallele mit der Privatindustrie ist schon unbestreitbar unangebracht, weil hier die Löhne bei gleich schwerer Beschäftigung durchaus erheblich höher sind. Zudem erstreckt auch

*) Im Frühjahr und Herbst sind angestellt 25 männliche und 20 weibliche Forstarbeiter.

privat vielfach bereits der Wochenlohn. Eine Kommune soll aber vorbildlich wirken und nicht hinterherhumpeln.

Dazu muß das System der kurzfristigen Lohnskalen Schritt durchgeführt werden. Wie oft hört man die Klagen unserer Kollegen, daß sie übergegangen sind, wenn wirklich einmal eine Lohnbewilligung erfolgt ist!

Endlich ist noch aus obiger Tabelle ersichtlich, daß 52 Arbeiter teils ständig, teils zeitweise in Afford arbeiten. Das sollte möglichst ganz vermieden werden. Die Stadtverwaltung hat eben durch ihr Antreibersystem dafür gesorgt, daß neuen intensiver Arbeitsanwendung eine unangenehme Behandlung durch unfrische Vorgeschichte nicht gerade zu den Seltenheiten gehört. Warum muß nun auch noch unter den Arbeitern selber einer der Feind des anderen sein? Denn vielfach zeigt sich diese unersfrenliche Erdcheinung im Gefolge des Affordsystems. Darum fort damit!

Am Zeichen der sinkenden Wirtschaftskontinuität sollten die Stadtverwaltungen alles tun, um wenigstens ihre angeschlagenen Arbeiter vor wirtschaftlichem Elend zu bewahren, sie konsum-tätig zu machen. Statt dessen erleben wir aus der amtlichen Statistik, daß unzureichende Löhne bei der Stadt Chemnitz die Regel bilden, während selbst bescheidensten Ansprüchen nur ganz vereinzelt Rechnung getragen wird.

Aus den statistischen Vorkatsellen ist zu erfahren, wie wenig Grund vorhanden ist, die Stadt Chemnitz als soziales Geweinzweisen zu bezeichnen, soweit die hier berührte Arbeiterentlohnung in Frage kommt.

Beginnen wir beim Tiefbauamt. Es erhielten am 21. Januar 1907 einen Stundenlohn von 20 Pf. 5, 21-25 Pf. 24, 26-30 Pf. 122, 31-35 Pf. 1, 36-50 Pf. 1. Von diesen 77 Arbeitern sind 34 Monteurbezieher, während 43 mit Gebrüden belastet waren. Aber selbst, wenn man diese voll in Abzug bringt, wird das Bild nicht wesentlich veränderten. Die Tatsache, daß die erste Mehrzahl der Chemnitzer Tiefbauarbeiter um 25-30 Pf. Stundenlohn fronden müssen, bedarf keines weiteren Kommentars! In den Wochenlöhnen im Tiefbau sind fast ausschließlich die Hochhülfs- und Handwerker beteiligt, also mehr oder minder qualifizierte Arbeiter. Trotzdem sind auch diese Löhne durchweg niedriger als in der Privatindustrie. Einen Wochenlohn von 19-20 M. erhielten 11, von 21-24 M. 27, von 25-30 M. 15 Arbeiter.

In einer Hebersicht ist auch der durchschnittliche tägliche Arbeitsverdienst in den ersten Wochen des Jahres 1907 festgestellt unter Einfluß der Affordlöhne. Das ergibt nun für das Tiefbauamt folgendes Bild: Ein Verdienst bis täglich 2 M. hatten 30, über 2-2,50 M. 98, über 2,50-3,00 M. 160, über 3,00-3,50 M. 73, über 3,50-4,00 M. 36, über 4,00-4,50 M. 12, über 4,50-5,00 M. 2, über 5,00-5,25 M. 4, endlich 5 Steinbeher mit über 6,00-6,30 M.

Also 2,50-3,00 M. als Durchschnittsverdienst der Tiefbauarbeiter!

Die Tabelle VI, die den 300fachen Durchschnittsarbeitsverdienst unter Einfluß von Weihnachtsgeldern und Gratifikationen bringt, hat nur Vergleichswert, da nicht einmal die Hälfte aller Tiefbauarbeiter fortgesetzt in Arbeit standen. Bis 600 M. Einkommen hatten danach 221 Arbeiter, über 600-1200 M. 160 Arbeiter und über 1200-1800 M. ganze 21 Arbeiter.

In der Hebersicht VII ist der wirkliche Jahresverdienst angegeben. Die Zahl der Arbeiter, die im Jahre 1906 an mehr als 200 Tagen gearbeitet haben, ist auf 234 für das Tiefbauamt zusammengekrumpft. Davon hatten 120 bis 900 M., 90 über 900 bis 1200 M., 15 über 1200 bis 1800 M.

Wie aber dieses gewiß nicht allgänzende Resultat „verschönt“ wurde durch Hebersichten, darüber gibt die Hebersicht X ersprechende Auskunft. Im Tiefbau haben nicht weniger als 345 Arbeiter, das sind über zwei Drittel, Hebersichten gemacht. Und zwar hatten 74 Arbeiter bis zu 10 Prozent vom Gesamtverdienst durch Hebersichten gearbeitet. 242 Arbeiter hatten über 10 bis 20 Proz. Verdienst vom Gesamteinkommen durch Hebersichten; 50 zwischen 20-30 Proz. und 12 über 30 Proz. des Einkommens ihren Hebersichten. Hier kann man wirklich von einer Hebersichtenwirtschaft sprechen!

Zwei geht aus der Hebersicht XIV hervor, daß in den letzten zwei Jahren 257 Tiefbauarbeitern der Lohn erhöht wurde, während er bei 177 gleich blieb. Die Erhöhung war aber auch danach, kann man nur sagen. Das scheint man auch selber empfinden zu haben, uns so in Tabelle XV der Stand der Stunden-, Tag-, Wochen-, Monatslöhne vom 1. Juni 1907 hinzugefügt, der für das Tiefbauamt ergibt: Stundenlöhne von 21-25 Pf. 62, 26-30 Pf. 31, 31-35 Pf. 38 Arbeiter. Wochenlöhne: 19-20 M. erhielten 12, 21-24 M. 29, 25-30 M. 15, 31 M. 1. Ein Vergleich mit oben erwähnt unangenehme Feststellungen in den anderen Stundenlöhnen.

Etwas günstiger ist naturgemäß das Bild bei der Gasanstalt. Hier betragen am 21. Januar 1907 die Stundenlöhne 21-35 Pf. 91, 36-40 Pf. 21, 41-45 Pf. 1, 46-50 Pf. 10, 51 und 52 Pf. 1. Der Durchschnitt beträgt also circa 35 Pf. pro Stunde. Die Tagelöhne verteilen sich: 3,70-4,25 M. 1, 4,30-4,90 M. 50, 4,90-5,25 M. 44 Arbeiter. Unter den beiden letzten Lohnskalen sind auch die 71 Eisenarbeiter geführt. Gegen Wochen-

lohn wurden bei der Gasanstalt beschäftigt für 20 M. 4, 21-24 M. 73, 25-30 M. 12.

Der durchschnittliche tägliche Arbeitsverdienst betrug über 2,75 bis 3,00 M. bei 21, über 3,00-3,50 M. bei 106, über 3,50-4,00 M. bei 104, über 4,00-4,50 M. bei 67, über 4,50-5,00 M. bei 12, über 5,00-6,00 M. bei 5 Arbeitern. Der wirkliche Jahresverdienst der 219 Arbeiter mit mehr als 280 Tagen betrug über 900-1200 M. 105, über 1200-1500: 60, über 1500-1800: 21.

Die Hebersichten auf der Gasanstalt sind nicht aufzuführen, dafür gibt aber die Hebersicht IX Aufschluß, wie die vorstehenden „stehenden“ Löhne verdient werden. Während im Tiefbau allerdings 65 Arbeiter 301-320 Tage im Jahre arbeiteten, waren im Gaswerke 68 Arbeiter 301-320 Tage im Jahre tätig, 22-321 330 Tage und 105: 341-365 Tage. Also über ein Drittel hatten weder Sonn- noch Feiertag! Anzumerken: Wo bleibt die Gewerkschaft?

In der Gasanstalt erhielten in den letzten 2 Jahren 238 eine Lohnsteigerung, während 76 keine erhielten. So ergibt sich nach dem Stande vom 1. Juli 1907 folgendes Bild: Stundenlohn 31 bis 35 Pf. 8, 36-40: 19, 41-45: 8, 46-50: 11, 51-55 Pf. 4. Tagelohn: 3,40 M. 9, 3,50-4,20: 21, 4,30-4,50: 37, Wochenlohn: 21-24 M. 78, 25-27: 14, 31,50: 1.

Das Wasserwerk führt uns wieder in die Niedrigkeit. 2 Arbeiter erhielten Stundenlöhne von 21-25 Pf., davon besitzt nur 1 eine Miete! Aus 26-30 Pf. müssen noch 6 Arbeiter leben. 31-35 Pf. erhalten 31, 36-40: 5, 41-45: 7, 46-50: 1. 5 Hochhülfs-Bezieher einen Tagelohn von 3,40-3,50 M. Je 1 Monteur-, Maschinen- und Brunnenwärter beziehen einen Wochenlohn von 26, 28 und 29 M. Das ergibt einen durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienst von über 2-2,25 M.: 1, über 2,50-3: 19, über 3-3,50: 25, über 3,50-4: 9, über 4-4,50: 4, über 4,50 bis 5 M.: 6.

Von den 47 Arbeitern des Wasserwerkes mit mehr als 280 Arbeitsstunden hatten einen wirklichen Jahresverdienst: bis 900 M. 3, über 900-1200: 23, über 1200-1500: 19, über 1500 bis 1700: 2.

An den Hebersichten nahmen 49 Arbeiter teil, die bis zu 6 Proz. ihres Verdienstes hieraus bezogen.

In den letzten 2 Jahren erhielten 17 eine Lohnsteigerung, während 16 davon ausgeschlossen blieben. Der Lohn betrug am 1. Juli 1907: Stundenlohn: 21-25 Pf.: 1, 26-30: 3, 31-35: 35, 36-40: 19, 41-45: 6, 46-50: 4. Tagelohn: 6 Arbeiter je 3,70 M. Wochenlohn: 25 M.: 1, 28-30: 4. Monatslohn: 116-175 M.: 7.

Die Gartenverwaltung zeigt nachstehenden Tiefstand der Löhne: Stundenlohn von 19 Pf.: 14 Gartenfrauen, 21-25: 2, 26-30: 5, 31-35: 20, 36-40 M.: 12. Wochenlohn: 1 Arbeiter 22 M., 1: 28 M. Die Durchschnittslöhne betragen: bis 1 M.: 7, über 1-2: 8, bis 2,50: 3, über 2,50-3: 10, über 3-3,50: 13, über 3,50-4: 9, über 4-4,25: 2, 5,25: 1.

Es hatten 33 Arbeiter, die mehr als 280 Tage arbeiteten, einen wirklichen Jahresverdienst bis 600 M.: 5, über 600 bis 900: 3, über 900-1200: 22, über 1200-1500: 3.

In dieser Lohnskizze sind noch die Hebersichten von 50 Arbeitern enthalten, die bis zu 12 Proz. ihres täglichen Einkommens durch Hebersichten verdienten. In den letzten 2 Jahren haben 51 eine Lohnsteigerung erhalten, während 5 leer ausgingen.

So beträgt nun der Lohn nach dem Stande vom 1. Juli 1907: Stundenlohn: 21-25 Pf.: 1, 26-30: 7, 31-35: 50, 36-40: 13, 41-45: 2, Wochenlohn: 6,50 M.: 1 (Krau), 22: 1.

Das Hochbauamt weist folgende Löhne auf: Stundenlohn: 21-25 Pf.: 12, 26-30: 5, 36-40: 10, 41-45: 1, Wochenlohn: 6,50 M.: 1 Aufwärterin, 15: 1 (nebt 162 M. für freie Wohnung), 18: 1, 20-22: 7, 25 M.: 2. Die in Wochenlöhnen Beschäftigten sind Geizer. Es ergaben sich folgende Durchschnittstagslöhne: bis 1 M.: 3 Schenkerfrauen, über 1-2,25: 10 Schenkerfrauen, bis 3,50: 2 Geizer, bis 3,75: 5 Arbeiter, bis 4,50: 1, über 4,50-4,75: 4 Geizer, über 5-5,75: 5 Geizer.

21 Arbeiter haben über 280 Tage gearbeitet im Jahre 1906. Ihr wirklicher Jahresverdienst betrug bis 600 M.: 6 Arbeiterinnen, über 600-1200 M.: 7 Arbeiter, über 1200-1500: 8.

An den Hebersichten nahmen 6 Arbeiter teil, von deren Gesamteinkommen bis 10 Proz. durch die Hebersichten entfiel. 19 Arbeiter erhielten in den letzten 2 Jahren eine Lohnsteigerung, 11 erhielten nichts.

Nach dem Stande vom 1. Juli 1907 beträgt der Stundenlohn 21-25 Pf.: 6, 36-40: 30, 41-45: 8, Wochenlohn von 20 M.: 1 Arbeiter.

Im Elektrizitätswerk sind folgende Stundenlöhne festgesetzt: 26-30 Pf.: 7, 31-35: 12, 36-40: 2, Wochenlohn: 6 M.: 1 Arbeiterin, 15: 1 Monteur, 20: 1 Hausmann.

Der durchschnittliche Tagesverdienst betrug: bis 1,25 M.: 1 Schenkerfrau, bis 2,50: 1 Monteur, bis 3: 1, über 3-3,50: 7, über 3,50-4: 10, bis 4,25: 2.

8 Arbeiter des Elektrizitätswerkes, die mehr als 280 Tage beschäftigt waren, hatten einen wirklichen Jahresverdienst: bis 600 M.: 1 Arbeiterin, bis 600-1200: 1 Arbeiter, über 1200-1500: 5, über 1500-1800: 1. An den Hebersichten beteiligten sich 5 Ar-

beiter. Der Verdienst hierfür betrug vom Gesamteinkommen bis 6 Proz.: bei 3, bis 14 Proz.: 1, bis 24 Proz.: 1 Arbeiter.

In den letzten 2 Jahren erhielten 9 Arbeiter eine Lohnerhöhung, während 15 davon ausgeschlossen waren. Nach dem Stande vom 1. Juli 1907 hatten: Stundenlohn: 31—35 Pf.: 15, 36—40: 4, 41—45: 4. Monatslohn: 70 M.: 1, 90—110 M.: 11, 115—120: 11, 125—150: 9, 155: 1, 190: 1.

Der Markt 11 beschäftigte 13 Arbeiter im Wochenlohn mit 21 M. Durchschnittlicher Tagelohn: bis 4 M.: 5, über 4—4,25: 5, bis 4,75: 2. Der wirkliche Jahresverdienst betrug bis 1300 M. bei 7 Arbeitern. Durch Überstunden brachten 12 Arbeiter ihr Einkommen in obige „Klasse“, und zwar bis 10 Proz. vom Gesamtverdienst: 2, über 10—20 Proz.: 10 Arbeiter.

11 Arbeiter erhielten in den letzten 2 Jahren Zulage, 2 nicht. Am 1. Juli 1907 erhielten 15 Arbeiter einen Wochenlohn von 23 M.

Auf dem Friedhof erhalten einen Stundenlohn von 31 bis 35 Pf.: 8, 36—40: 1. Bei der Forstverwaltung wurden den 8 beschäftigten Arbeitern 26—30 Pf. Stundenlohn gezahlt, doch ist in den Vorbemerkungen angegeben, daß die vorkräftigen Waldarbeiter im Sommer bis zu 55 Pf. pro Stunde Akkordlohn verdienen.

Das Vermessungsamt zahlte 2 Gehgehilfen 10 M. Wochenlohn, und je 1: 20 resp. 21 M.

Im Kindererwerbshaus erhielten 1 Gärtner und drei landwirtschaftliche Arbeiter je 19 M. Wochenlohn, außerdem 400 Mark Naturalbezüge.

Die Markthalenverwaltung beschäftigt 3 Arbeiter. Davon erhält 1 Wächter 21 M., 2 Arbeiter 22,50 M. pro Woche.

In der Fleischersehungsanstalt erhält 1 Arbeiter 21 M., 1 Maidinist 25 M.

Das Waisenhaus zahlt je 10 und 10,50 M. pro Woche an die beiden Arbeiter nebst freier Station.

Branddirektion: 1 Aufwartein 14 M., 1 Heizer 25 M. Wochenlohn.

In der Direktorialabteilung beträgt der Wochenlohn für 1 Steinbruder und 1 Pressenarbeiter je 21 M.

Polizeiamt und Speiseanstalt endlich zahlen für 2 resp. 1 Arbeiter 2—2,50 M. Tagelohn.

Der wirkliche Jahresverdienst dieser zusammengefaßten Kategorien betrug: bis 600 M.: 4, über 600—1200: 11, über 1200—1400: 5, wobei zu beachten ist, daß über 600—320 Tage im Jahre von 8, 321—340 Tage von 1, 341—365 Tage von 8 Arbeitern dieser Kategorien gearbeitet werden mußte, um das vorstehende Resultat zu erzielen. Außerdem waren 17 Arbeiter an Überstunden beteiligt bis zu 12 Proz. ihres Gesamtverdienstes, doch ist diese Summe im vorstehenden Jahresverdienst bereits enthalten. Lohnerhöhungen sind in den letzten 2 Jahren bei 24 erfolgt, während 16 leer ausgingen.

Wer sich der Mühe unterzogen hat, diese Lohnpositionen der einzelnen Verwaltungsbetriebe aufmerksam zu verfolgen, dem sind hier die Augen aufgegangen über die geradezu trübselige Lage, in der sich die städtischen Stadtarbeiter gegenwärtig noch immer befinden. Aus den oben genannten Zahlen spricht eine bedrückende Sprache und jeder billig denkende muß nach diesem amtlich-statistischen Material den eindringlichen Forderungen unserer Kollegen zustimmen, die seit Jahren durch unsere Organisation Aufbesserungen und energische Reformen verlangen.

Aus den Münchener Gaswerken.

Wer hat nicht schon die trübselige Geschichte vom heiligen Augustinus gelesen? Mit einem silbernen Löffel wollte er das ganze Meer in ein Grübchen schöpfen. Das war selbstverständlich nicht möglich. Nun möchte ihm aber die Verwaltung der Münchener Gaswerke den Rang ablaufen mit einem ähnlichen Beginnen.

Die Lohnbewegung im Dezember 1907 hatte die Verwaltung verblüfft. „Ich kann gar nicht verstehen, daß sogar auch die älteren Arbeiter zu derartigen Schläffen gelangen“, so sagte Herr Direktor Kies zu unserem Gaukater Seebald. Dieses Rätsel löst sich freilich ganz einfach.

Am allerliebsten möchte man dem verhaßten Verbands den Saraus machen. Nur faßt man die Geschichte etwas ungenau an. Seit einigen Tagen prangt nämlich folgender Mias an den diversen Anschlagbrettern:

„Jede offensichtliche Agitation, gleichviel zu welchem Zwecke, innerhalb der Fabrik ist untersagt; Anschläge in den Fabrikräumen und an den Arbeitsstellen müssen mit dem Genehmigungsvermerk der Direktion versehen sein.“

Pünkt! Da haben wir nun die Versicherung. Ganz natürlich brauchte man den Arbeiterausschuß nicht zu fragen, denn der kommt erst dann zu Ehren, wenn die Sache brenzlig wird. Nur dann soll er — nach Herrn Direktor Kies — seine Kompetenzen nicht preisgeben.

Da wir aber nicht gut annehmen können, daß die Direktion in Zukunft uns die Verteilung der Zettel abnehmen will und diese „mit einem Vermerk der Direktion versehen“ — etwa der Aufforderung zum regelmäßigen Besuche der Versammlung? — selbst in ihren Vertiksalen und Arbeitsplätzen zum Anschlag bringen will, so bleibt für uns nur die Schlussfolgerung, daß man uns damit Schwierigkeiten bereiten möchte.

Abgesehen von der nun einmal zwischen den Vertretern eines Unternehmens und den Arbeitern naturgemäß bestehenden Gegenfälligkeit hielten wir bisher den Herrn Direktor immer noch für einen fortschrittlichen und aufrechten Mann. Niemals hätten wir uns begeben lassen, bloß zu denken, daß er sich in dieser Weise zum Vollzugsorgan unabgeklärter Anschauungen des Verwaltungsausschusses hergeben würde. Wir werden also unser Urteil bedeutend revidieren müssen. Daß dieser scharfe Wind aus der Gegend des Verwaltungsausschusses kam, darüber konnten wir uns keinen Augenblick im Zweifel befinden. Hierfür bürgen uns schon die Namen: Zechbauer, Lebrecht und Panzer, die im verwaltenden Ausschusse die Hauptrollen spielen. Nun sollen auch noch die Kompetenzen dieser Ausschüsse bedeutend erweitert werden, d. h. nicht etwa zugunsten der Arbeiter. Ganz im Gegenteil deshalb, damit man die Anträge der Arbeiter nicht in öffentlicher Magistratsitzung behandeln braucht, sondern sie so ganz in den geheimen Sitzungen lang- und langsam abmürken kann.

Um aber auf den erwähnten Mias zurückzukommen, so wäre zunächst die Preisfrage die: Was ist denn eigentlich „offensichtliche Agitation“? — Treffen will man selbstverständlich damit nur die Verbandstätigkeit. Unseres Wissens hat sich noch kein Gasarbeiter belästigt gefühlt, wenn er einen Zettel als Versammlungseinladung in die Hand gedrückt bekam oder wenn ein solcher kurzerhand im Aufenthaltsraum, der Mantine usw. angeheftet wurde. Nicht einmal die in dieser Hinsicht außerordentlich tickischen „Christlichen“ fühlten sich deshalb „belästigt“. Es lag also zu dieser Maßnahme wirklich kein vernünftiger Grund vor. Und wenn schließlich manchmal an das Ehrgefühl der einzelnen Arbeiter appelliert wurde, ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterbewegung zu erfüllen, so geschah das immer noch in einwandfreier Form als die, mit welcher die Aufsichtsorgane fleißig die Arbeiter ermahnen, ihrer Pflicht nachzukommen — zugunsten des Stadtsäckels.

Was wird nun der Erfolg dieser Maßnahme sein? — Wo bisher wenigstens einigermaßen friedliche Zustände herrschten, da werden in Zukunft die Gegensätze um so mehr aufeinanderstoßen. Da man auch nicht verlangen kann, daß die Arbeiter der Gasanstalt in Zukunft das Wort „Organisation“ während der Arbeitszeit nicht mehr in den Mund nehmen sollen, so wird sich herausstellen, daß dann mander doch ein Wort zu viel sagt und — der Arbeiter soll dann jedenfalls bestraft werden. Natürlich immer vorausgesetzt, daß die Arbeiter dann zu allem und jedem „Ja und Amen“ sagen werden.

Müßige Personen gibt es in jedem Betrieb und auch in der Gasanstalt mehr als genug. Solchen Leuten kommt die Bestimmung der Gasdirektion gerade recht, um ihre Mitarbeiter anzukümmern. Da kennen wir ja die Indifferenten zur Genüge. Es es aber im Interesse eines geordneten Betriebes vorteilhaft sein kann, auf solche Art das Spiegel- und Temenzantenne-treibhausmäßig zu züchten, darüber dürften die Meinungen selbst im verwaltenden Ausschusse bedeutend auseinandergehen.

Die Verbandstätigkeit wird aber nach wie vor trotz etwaiger Beschränkungen ihren Weg gehen. Auch die Versammlungen werden ebenso wie vorher stattfinden. Höchstens kann es für die Leute einen kleinen Reiz bilden, wenn aus den Einladungen „ein Geheimnis“ gemacht wird. Was eben bisher offen vor aller Augen, auch denen der Direktion, sich abspielte, wird nunmehr im geheimen vor sich gehen. Es das für die Verwaltung der Gaswerke vorteilhafter ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Daß solche Erlasse aber an unserer Organisation einen Dorn stecken könnten, daran glaubt doch die Gasdirektion selbst nicht.

Eigentlich hätte es die Gasdirektion beim der Verwaltungsausschusse der städtischen Gaswerke verdient, daß die Organisation am Eingange der Gasfabriken in Zukunft einen Zettelverteiler postieren würde, damit sich gelegentlich auch die Passanten über die Beschwerden der Gasarbeiter orientieren könnten. Besonders ausgezeichnet würde es sich machen, wenn in der Nähe der Fabriken öffentlich platziert würde: „Die Verwaltung der städtischen Gaswerke am Panzer“ oder was eben derlei „angenehme Tagesordnungen“ sind. Wenn wir bisher nicht zu derartigen Mitteln gegriffen haben, so deshalb, weil uns der andere Weg der Verständigung innerhalb der Arbeitsplätze offen stand. Sollte nun

eine andere Praxis Maß greifen, die Organisation wird sicher nicht in Verlegenheit kommen.

Jenjenigen Herren aber, die sich in dieser Sache gar zu sehr ins Zeug legten, sei hiermit ein Warnungssignal aufgestellt; es könnte ihnen passieren, daß sie schon beim ersten Zusammenstoß ein jämmerliches Fiasko zu verzeichnen hätten. Gemäß dem Sprichwort: „Druck erzeugt Gegendruck“.

Wie uns aus München mitgeteilt wird, hat dort eine sehr zahlreiche besuchte Versammlung der Gasarbeiter zu dem erwähnten Anschlag der Direktion Stellung genommen. Nach scharfer Verteilung dieser Maßnahme seitens mehrerer Redner nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 10. März er. im „Petersfelder“ tagende, sehr zahlreiche besuchte Versammlung der Gasarbeiter hat die Befürchtung, daß der jüngst herausgegebene Erlaß betr. Agitation im Gaswerk dazu angetan ist, Mißtrauen unter die Arbeiter zu bringen und das Spitzel- und Denunziantentum groß zu ziehen.

Die Versammelten halten den Erlaß schon deshalb für überflüssig, weil bisher irgendwelche Ausdehnungen der Arbeiter in keiner Weise nachgewiesen werden können; sie sind der Meinung, daß durch diesen Erlaß den in der Organisation als Vertrauensleute fungierenden Kollegen ein Stiel gedrückt werden sollte, um sie gelegentlich — einen nach den anderen — zu mahregeln. Die Versammelten erklären deshalb, etwaigen derartigen Versuchen in dieser Richtung ganz entschieden und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten und so das Koalitionsrecht aufrechtzuerhalten zu wollen!“

Rechenchaftsbericht der Generalkommission für 1907.

Der in Nr. 11 des „Gott. Bl.“ abgedruckte Rechenchaftsbericht der Generalkommission verdient die aufmerksamste Beachtung aller unserer Mitglieder. Wir lassen nachstehend einen Auszug aus demselben folgen und werden in nächster Nummer kurz über das Zentralarbeitssekretariat sowie das Arbeiterinnensekretariat berichten.

Allgemeines. Im verflochtenen Jahre haben die verschiedenen Regierungen dem Reichstage ein für die gewerkschaftlichen Organisationen äußerst wichtiges Gesetz, den Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz, vorgelegt, der zurzeit noch zur Beratung in der Vereinigungskommission sich befindet. In der vorliegenden Sitzung wird der Entwurf von den Vertretern der Arbeiterklasse nicht angenommen werden können, doch war die Einleitung einer Agitation gegen das ganze Gesetz nicht erforderlich, sondern es erschien ausreichend, wenn die organisierte Arbeiterschaft gegen einzelne reaktionäre Bestimmungen des Entwurfs Protest erhob und hieron dem Reichstage Mitteilung machte.

Man hätte erwarten können, daß, nachdem die verbundenen Regierungen 37 Jahre mit der Ausführung der Verfassungsbestimmung, nach der das Vereins- und Versammlungswesen durch das Reich gesetzlich zu regeln ist, geizigert haben, die freieren gesetzlichen Bestimmungen, die in einem Bundesstaate in Deutschland vorhanden sind, als Grundlage für ein Reichsgesetz dienen würden. Diese Erwartung ist mit der Gesetzesvorlage nicht erfüllt, sondern es ist in ihr der Versuch gemacht, die Vereine und Versammlungen nach preussischem Verwaltungsmuster der Polizeiaufsicht zu unterstellen.

Um die reaktionären Paragraphen des Gesetzesentwurfes bei der Beratung im Reichstage wirksam bekämpfen zu können, wurden die Gewerkschaftsstellvertreter ersucht, über die Polizeiparagrafen gegenüber den gewerkschaftlichen Vereinen und Versammlungen an die Generalkommission zu berichten. Ob das in dieser Weise zu sammengedruckte Material zwecks Veröffentlichung bearbeitet werden wird, hängt von dem Schicksal des Vereinsgesetzes ab.

Zu dem internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftsfesttag in Stuttgart im August 1907 waren, gemäß dem Vorschlage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, 150 Delegierte aus Gewerkschaftskreisen und die gleiche Anzahl aus Parteikreisen entsandt. Die deutsche Delegation hatte vor Beginn des Kongresses eine Sitzung, um über eine einheitliche Gestaltung der Demonstration am 1. Mai zu beraten. Zu einer endgültigen Beschlußfassung kam es nicht, weil es als erforderlich angesehen wurde, daß auch der Parteitag in der Frage nach Stellung zu nehmen habe. Es wurde jedoch eine Vereinbarung über die Grundzüge der für die Maidemonstration zu gelten haben, erzielt. Der Parteitag beauftragte dann den Parteivorstand, die näheren Bestimmungen in Gemeinschaft mit der Generalkommission zu treffen. Nach längeren Beratungen wurde eine Übereinstimmung herbeigeführt und der gefaßte Beschluß, der auch die Zustimmung der Konferenz der Vertreter der Zentral-

vorstände fand, den Gewerkschaftsstellvertretern seitens der Generalkommission übermittelt.

Es fand noch eine größere Zahl von Sitzungen mit dem Parteivorstand statt, zwecks Regelung von Fragen, welche die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung im gleichen Maße betreffen. Unter anderem wurde auch zu den Beratungen über die Einigung mit den lokalen Gewerkschaften die Generalkommission zugezogen. In allen Fällen ist eine Verständigung über die beratenen Fragen erzielt worden, und es ist zu keinerlei Differenz oder zu einer Meinungsverschiedenheit nach erfolgter Aussprache gekommen.

Die Frage der Dienstbotenorganisation gab der Generalkommission mehrfach Veranlassung zu eingehenden Beratungen und bedarf noch der endgültigen Beschlußfassung.

Der Anschluß an die Generalkommission wurde abgelehnt für den Verband der Hausierer und reisenden Händler, den Industrieverband für den Solinger Bezirk und den Verband der reisenden und gereist habenden organisierten Arbeiter.

Den Anschließungsanträgen der Verbände der Hotelbediener und der Anschlagparaden wurde von dem Gewerkschaftsausschuß zugestimmt.

In dem letzten Rechenchaftsbericht wurde mitgeteilt, daß die Generalkommission es abgelehnt habe, in Gemeinschaft mit bürgerlichen Sozialreformen einen Arbeiterinnentag einzuführen, wie auch die Gewerkschaften aufzufordern, an diesem festlich teilzunehmen. Die Ablehnung erfolgte, weil die Gewerkschaften seit je bestritten sind, die Lage der Arbeiterinnen unter Berücksichtigung der Eigenart der weiblichen Arbeiter zu bedenken und, soweit dies anständig ist, auch die Gefährdung dahin zu berücksichtigen, daß eine wirksame Schutzgesetzgebung für die Arbeiterinnen geschaffen wird. Soweit die Gewerkschaften mit Mühe auf die ihnen zunächst obliegenden Aufgaben nicht unmittelbar an die gesetzgebende Körperschaft herantraten konnten, ist die Vertretung der Arbeiterchaft im Reichstage, die sozialdemokratische Fraktion, für den Arbeiterinnenschutz tätig gewesen. Möchten bürgerliche Sozialpolitiker und bürgerliche Frauen ernsthaft hierbei mitwirken, so ist ihnen hierzu ausreichend Gelegenheit gegeben und ihre Hilfe jederzeit willkommen.

Wermutswort ist noch, daß die Generalkommission eine Erbschaft von 15 000 Mk. gemacht hat. Erbläßer ist ein Kaufmann Piel in Düsseldorf.

Agitation. Es sind Agitationskommissionen in Tätigkeit für Ostpreußen und den nördlichen Teil von Westpreußen, für Posen und den südlichen Teil von Westpreußen, für Oberschlesien, für das Sauer- und Siegerland, für das Saargebiet, für Elsaß-Lothringen, für Rheinland-Westfalen, für Nordbayern und für Schlesien.

Für die Bodensee-Nierstaaten (Österreich, Schweiz und Deutschland) besteht ein Informationsbureau, das den Zweck hat, die Organisationen in den am Bodensee liegenden Orten allmählich über die im Bezirk geführten Lohnbewegungen und Streiks zu unterrichten. Es werden dem Bureau von der Gewerkschaftskommission Österreichs und der Generalkommission je 100 Mk. und von dem Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 60 Mk. pro Jahr zur Verfügung gestellt.

Zu gelegentlichen Agitationstouren in verschiedenen Bezirken wurden von der Generalkommission Zuschüsse geleistet. Ferner gewährte die Kommission auch Zuschüsse zu den Krankenkasernen und Gewerkegerichtswahlen in den Orten, in welchen diese Wahlen von besonderer Bedeutung waren und die erforderlichen Agitationsmittel von den Gewerkschaften am Orte nicht aufgebracht werden konnten.

Den zahlreichen Anforderungen, Zuschüsse zur Gründung oder Erhaltung von Arbeitersekretariaten, zur Anstellung von Gewerkschaftsstellvertretern in einzelnen Orten und Bezirken, sowie zum Kauf oder zur Miete von Versammlungsorten konnte die Generalkommission nur in geringem Maße Folge geben. Das Bedürfnis für solche Einrichtungen ist wohl allgemein vorhanden, jedoch müssen die Voraussetzungen gegeben sein, die nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und der Konferenzen der Vertreter der Verbandsvorstände vorhanden sein müssen, wenn die Generalkommission Mittel für solche Einrichtungen zur Verfügung stellen soll.

Von der Generalkommission wurde auch der Versuch gemacht, durch Entsendung eines polnisch sprechenden Agitators in die polnischen Landesteile den Gewerkschaften mehr Eingang bei den polnisch sprechenden Arbeitern zu schaffen. Es bedarf bei den Indessen auch hier, daß nicht durch gelegentliche Versammlungen, sondern nur durch fortgesetzte Kleinarbeit die Mitglieder für die Gewerkschaften gewonnen werden können.

Unterrichtslaufe. Die von dem letzten Gewerkschaftsfesttag beschlossenen und von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtslaufe haben ihren Zweck, die Teilnehmer in bestimmte Wissensgebiete einzuführen und ihnen Anregung zum Weiterstudium zu geben, vollständig zu erfüllen. Es sind vom August 1906 bis März 1908 insgesamt acht Kurse abgehalten. Von den 112 Teilnehmern entsandte der Verband der Maurer 97, Metallarbeiter 36, Transportarbeiter 34, Zimmerer 29, Bergarbeiter 26,

Fertigarbeiter 22, Maler 19, Bauarbeiter 15, Gemeindearbeiter 14, Holzarbeiter 14, Fabrikarbeiter 13, Sackarbeiter 10, Schmiede 10, Leder 9, Frauereiarbeiter 8, Gärtner 7, Schneider 7, Töpfer 6, Stukkateure 5, Barbier 4, Buchbinder 4, Glasarbeiter 4, Steinmetzen 4, Hotelbedienten 3, Putzmeister 3, Lederarbeiter 3, Kaufmännische 3, Steinseiler 3, Blumenarbeiter 2, Buchdruckerhilfsarbeiter 2, Handlungsgehilfen 2, Schuhmacher 2, Sattler 2, Bergarbeiter 2, Zigarrenportierer 2, Buchdrucker 1, Tachometer 1, Fleischer 1, Gastwirtsgehilfen 1, Handschuhmacher 1, Kupferbeschläge 1, Lithographen 1, Müller 1, Portefeuille 1, Schiffszimmerer 1 und Wäscharbeiter 1. Außerdem entfielen das Arbeiterinnenkomitee 2 Teilnehmerinnen, und 5 Teilnehmer wurden von den Gewerkschaftsstellen zur Teilnahme an den Kurzen bestimmt.

Statistik. Die von der Generalkommission bisher gesammelten Statistiken über die Entwicklung der Gewerkschaften, die Kassenbewegungen, die Streiks und Aussperrungen, die Gewerkschaftsstellen und die Arbeitersekretariate sind im letzten Jahre in gleicher Weise wie in früheren Jahren aufgenommen und bearbeitet.

Die Hilfe der Gewerkschaften wird für die Arbeiten des Reichsstatistischen Amtes in immer umfangreicherer Weise in Anspruch genommen. Das ist erklärlich und selbstverständlich, denn Arbeiterstatistik läßt sich nur mit Hilfe der Arbeiterorganisationen betreiben. Auf der anderen Seite sollte dann aber auch die Statistik über die Streiks und Aussperrungen nur unter Mitwirkung der Gewerkschaften aufgenommen werden. Daß man gerade bei der Statistik, die nur mit Hilfe der Gewerkschaften zuverlässig gestaltet werden kann, an dem alten System festhält und Jahr für Jahr falsche Angaben macht, ist bezeichnend für den Geist der preussisch-deutschen Staatsverwaltung.

Konferenzen u. s. w. Neben der Konferenz von Vertretern der Zentralverbände wurde von der Generalkommission noch eine Konferenz von Vertretern der Organisationen berufen, die besonders unter den Wirkungen der Seimarbeit leiden. In dieser Konferenz wurde über die Fortführung der Agitation gegen die Seimarbeit beraten und wurde beschlossen, die weitere Agitation durch die einzelnen Verbände eventuell mit Unterstützung seitens der Generalkommission betreiben zu lassen.

Eine größere Zahl von Zusammenkünften mit einzelnen Verbandsvorständen war auch im letzten Jahre zwecks Regelung von Grenzzeitigkeiten erforderlich. Ebenso war die Entsendung von Mitgliedern der Generalkommission zu Konferenzen in den einzelnen Agitationsbezirken erforderlich, sowie auch die Delegation zu einer Sitzung des Zentralkomitees für die Gewerkschaften in Dresden. Es gelang fast in allen Fällen, vorhandenen Streit zu schlichten und Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.

Internationale Verbindung. Die fünfte internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die im September 1907 in Kristiania tagte, hat an der

seit 1902 bestehenden internationalen Verbindung der Gewerkschaften wesentliche Änderungen nicht vorgenommen.

Von den europäischen Ländern, in welchen eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist und eine gewerkschaftliche Landeszentrale besteht, gehört nur Frankreich dem internationalen Sekretariate nicht an.

Die internationale Verbindung ist gegenwärtig so weit ausgebaut, als sie bei der Verschiedenartigkeit der Aufgaben, welche die einzelnen Landeszentralen haben, ausgebaut werden kann. Eine weitere Ausgestaltung dieser Verbindung kann erst eintreten, wenn die Organisation in den einzelnen Ländern in bezug auf die Finanzkraft und die Taktik eine mehr gleichartige geworden ist.

Presse. Das „Correspondenzblatt“ ist dadurch, daß die umfangreichen Statistiken und die Adressenverzeichnisse in besonderen Beilagen gedruckt werden, wesentlich verbessert worden.

Die Auflage des „Correspondenzblattes“ betrug im Januar 1907 21 300 und Ende Dezember 1907 23 600 Exemplare gegen 16 400 Exemplare Anfang 1905 und 17 700 Anfang 1906.

Das italienische Blatt „L'Operaio Italiano“ wurde auf Wunsch der Organisation der Maurer und der Bauarbeiter von Berlin nach Hamburg verlegt. Seine Auflage betrug Ende 1906 12 300, Ende 1907 10 650 Exemplare. Die Höhe der Auflage wechselt nicht nur mit der Jahreszeit, sondern auch mit der Konjunktur im Baugewerbe. In den Sommermonaten steigt diese und erreichte Mitte 1907 mit 15 800 den höchsten Stand.

Bei dem polnischen Blatt „Czerwona“ ist gegenüber dem Vorjahre eine Änderung in der Ausstattung und der Erscheinungsweise nicht eingetreten. Das Blatt hatte Ende 1906 eine Auflage von 6000 Exemplaren und Ende 1907 eine solche von 6562 Exemplaren.

In den letzten Jahren ist wiederholt die Frage erörtert, ob es nicht zweckmäßig sei, daß die Generalkommission eine eigene gewerkschaftliche Buchhandlung errichtet, damit der gewerkschaftlichen Literatur in weiteren Kreisen Eingang verschafft wird. Es ist jedoch schließlich von der Ausführung dieses Projektes Abstand genommen und den Gewerkschaften empfohlen worden, ihre Literatur der Buchhandlung Vorwärts in Kommmissionsverlag zu geben.

Kassenbericht. Die Steigerung der Einnahmen der Generalkommission hat erfreulicherweise auch im verflossenen Jahre angehalten. Das Mehr gegenüber dem Vorjahre beträgt 77 412,61 Mk. Die Gesamteinnahme beträgt 574 943,87 Mk. inkl. Bestand von 254 764,94 Mk. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 226 710,98 Mk. gegenüber, so daß der Vermögensstand 348 232,89 Mk. beträgt. Für Streiks und Aussperrungen sind 200 254,24 Mk. eingenommen und etwa 185 000 Mk. ausgegeben worden; davon haben erhalten die Tabakarbeiter 106 200, die Sackarbeiter 23 705, die Schneider 12 655, das Landessekretariat in Bulgarien 6000, dasjenige in Norwegen 10 000, der ungarländische Gewerkschaftsrat 3000, das Streikkomitee in Lodz 20 557, die Päder in Warschau 1200 Mk. Die Kosten für die Agitations-

Karl Marx und die Arbeiter. (Schluß.)

(Zu Marx' fünfundsiebenzigstem Geburtstag, † 14. März 1883.)

Die Maschine hat man benützt, um Euch individuell zum Elenden zu machen — läßt einer für sich das Räderwerk zur Ungeheuer los, so wird ihn die Maschine zermalmen. Und damit Ihr nur dem einen Gott dient, dem Gott Maschine — Kapital, hat man Euch jedes Rechtum geraubt, Euch selbstlos gemacht. Nachlich heißt Ihr nichts als Euch selbst, aber kein Ding außer Euch. Und siehe da, man hat Euch doch in der Gesamtheit die Maschine in die Hand geben müssen und als Gemeinde, als Gesamtarbeiter, verfügt Ihr fastisch dennoch über sie! Tatsächlich seid Ihr als Gesamtheit Herren aller Maschinen der Welt, wenn Ihr nur als Gemeinde denkt und handelt und ihre Herren sein wollt.

Sehe da, nun strömt auf einmal die unermessliche Gedankenfülle des Sozialismus aus den Höhlen der Gelehrsamkeit als befruchtender Regen nieder auf die verdorrte dürstige Erde des Proletariats. Wissenschaft und Arbeit waren vermählt und nicht im Traumland der Utopien, sondern in der alltäglichen Praxis der Arbeitsarbeit.

Wer schien ein gefährlicherer Feind der Arbeiterkraft zu sein, als die Wissenschaft? Sie war es, die im Dienste des Kapitalismus Maschine um Maschine erfand, die alle Arbeitsweisen revolutionierte und immer mehr Menschen proletarianisierte, immer mehr die Arbeiter Proletariat erzeugte! Und dieselbe Wissenschaft sollte nun selbst dem Proletariat gewonnen sein?

Der Proletariat, der noch geistig im bäuerlich-bürgerlichen Leben steht, verflucht sein eigenes Leben, als seine Sehnsucht steht die frühere Wirtschaftsweise vor seiner Seele. Je mehr er sich entwickelt, um so mehr erfährt und begreift ihn die Bewunderung der Technik, um so schwerer peinet sein Gehirn der Widerspruch: Diese Technik erfordert Arbeit, aber sie erfordert sie nicht nur; sie eripiert Arbeit und erhöht meine Arbeitsqual. Dieses ständige Wenden der Technik — woher kommt es und wohin führt es?

So erhebt sich für den Arbeiter, für den die Frage: Woher und wohin? im Sinne unserer Vorfahren ungelöst und sinnlos geworden, neuerdings die Frage von den letzten Gründen und Zielen — nicht aus philosophischer Spekulation, sondern aus des Lebens Rohheit, als Lebensfrage. Und Marx gibt ihm auch hierin zum erstenmal eine Antwort. Er beschreibt nicht nur die kapitalistische Gesellschaft, wie sie ist, er gibt auch das Gesetz ihrer Entwicklung: Die fortschreitende Akkumulation von Kapitalien auf der einen, von Lohnarbeitern auf der anderen Seite; fortschreitender Kapitalismus hier — fortschreitende Sozialisierung dort. Und dieser Wandel vor sich gehend in der Wellenform zyklischer Ueberproduktion und Krise.

Das sind Lehresätze, die theoretisch aus den Grundgesetzen nur mit großem Aufwand von Gelehrsamkeit bewiesen werden können, so schwer wie der Beweis der Umdrehung der Erde um die Sonne aus den Laufbahnen der Planeten. Dieses mathematische Beweises bedürfen wir heute nicht mehr, wir schauen diese Bewegungen heute unmittelbar so an. Der Arbeiter, der mitten in der Ökonomie, hart an dem Dinge selbst steht, schaut dieses Ding selbst und täuscht sich nicht. Nicht weil er an sich klüger wäre als andere Menschenkinder, sondern weil er, vorerst aller überlieferten Vorstellungen und Vorurteile schmerzlich entkleidet, jedes Selbstinteresses gewaltlos entblößt, mitten hineingeworfen ist in den Stroom des gesellschaftlichen Geschehens. Ausdehnung der Produktion oder Krise — für den Gelehrten Gedankenkategorien, für den Kapitalisten Profitmanöver, für den Arbeiter Ueberstunden, sehr konkrete Ueberstunden oder ebenso konkrete Arbeitslosigkeit. Das Entwicklungsgesetz des Kapitalismus ist ein Stück individueller Geschichte jedes Arbeiters, nicht Spekuliererei, als welches es dem Literaten erscheinen kann. Junge Arbeiter hören — den Schlag im Herzen — oft nur mit halbem Ohren zu, wenn man diese Dinge vorträgt; aber in einem Jahrzehnt, wenn sie den Wellengang des Kapitalismus selbst erfahren haben, kommen sie selbst darauf, sie leben und wachsen in die klärenden Gedankenlagen hinein. Nichts törichter als das bürgerliche Gefasel, das vorwiegend junge Arbeiter insofern

Kommissionen, die Sekretariate und für die allgemeine Agitation usw. betrugen über 60 000 Mk., die für die Unterrichts-
Lurfe 6000 Mk., die für das „Korrespondenzblatt“ über 44 479
Mk., die für das italienische und für das polnische Gewerkschaftsblatt etwa 32 000 Mk., die für das Zentralarbeitssekretariat etwa 13 456 Mk. Das Zentralarbeitssekretariat hat eine Steigerung der Ausgaben von rund 2000 Mk. aufzuweisen, dieselbe ist zurückzuführen auf die Einstellung des fünften Angestellten.

Zur Unterstützung von Streiks und Aussperrungen wurden im verfloßenen Jahre 6 Sammlungen ausgeschrieben. Drei für das Inland und drei für das Ausland.

Das Haushaltsbudget eines Leipziger städtischen Arbeiters.

Für jeden Haushalt ist es notwendig, die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Bei den heutigen Verhältnissen ist es leicht möglich, in Schulden zu geraten, und aus diesen wieder herauszukommen, ist sehr schwer, wenn nicht unmöglich. Der Verbandsvorstand hat durch Einführung des Notizkalenders, in welchem statistische Tabellen über Einnahmen und Ausgaben enthalten sind, Gelegenheit geboten, eine Statistik über die Einnahmen und Ausgaben anzufertigen. Jeder Kollege sollte es nun versuchen, eine genaue Aufstellung zu machen, um einen Überblick über die Lebenshaltung, die er zu führen gezwungen ist, zu erhalten. Der Verdienst der städtischen Arbeiter ist nicht so bemessen, daß er immer für die notwendigen Bedürfnisse reicht. Aufgabeseiten muß die Frau und oft müssen Minder mit zum Erwerb des Unterhalts beitragen. Wo dies durch ungünstige Verhältnisse nicht geht, ist der Arbeiter gezwungen, einen Nebenerwerb zu suchen, um seine Familie zu erhalten. Die Folge davon ist, daß seine Kräfte vorzeitig aufgebraucht werden, und die Familie ist durch seine Krankheit der Not und dem Elend preisgegeben. Staats- und Gemeindefürsorge sollen mäßig sein und für die Privatindustrie vorbildlich wirken. Bekannt ist jedoch, daß die Löhne in den Gemeindefürsorge auf dem niedrigsten Niveau gehalten werden. Die Gemeindefürsorge sollen ihren Arbeiter einen auskömmlichen Lohn zahlen, damit sie (die Arbeiter) den Forderungen, die der Staat und die Gemeinde in Bezug auf Steuern, Schule und sonstigen Abgaben an sie stellt, gerecht werden können. Aus diesem Grunde haben die Arbeiter in städtischen Betrieben die Forderung auf Einführung von sozialisierten Löhnen gestellt. Arbeiter, welche eine zahlreiche Familie zu ernähren haben, können mit dem Lohn, welcher bei der Stadterhaltung gezahlt wird, nicht auskommen.

Folgende Statistik eines städtischen Arbeiters in Leipzig soll einigen Aufschluß darüber geben.

Die Jahres-Einnahme betrug	1418,90 Mk.
„ „ Ausgabe	1688,49
Defizit	269,59 Mk.

des Leidens und Temperaments der Jugend Sozialdemokraten sind. Im Gegenteil. Die Jugend fordert ihr Recht, das Streben nach der Begründung des Hausstandes mit allen seinen lieben und unliebsamen Wirkungen beherrscht sie; das erste Kind auf den Armen des Arbeiters und die bange Frage, in welche Weltordnung der Junge hineingeboren und hineingeworfen wird, haben mehr Sozialisten und Marxisten gemacht als alle jugendliche Begeisterung. Der Arbeiter aber, der das Woher und Wohin dieser kapitalistischen Welt nach Marx begriffen hat, gewinnt die Welt wieder. Wieder gewinnt er zuerst die Freude an seiner Arbeit. Das Spiel der Maschinen, die Wunder der Technik betrachtet er nun mit neugierigen, erwartungsvollen Augen. Er sieht mit Stolz die Leistungsfähigkeit der eisernen Giganten und lächelt über die lärmenden Betriebsweisen der Alten; er hört auf, sich zurückzunehmen. Die staunenerregende Präzision, die strenge Zweckmäßigkeit, die stammesorganisierte Organisation der Fabrik nötigen ihm Achtung ab. Er beginnt überall in der Wirtschaft und im Leben den rationalen Betrieb zu fordern! Alles modern, alles rationell auch in Gemeinde und Staat! Überall die wissenschaftliche Methode, auch in Schule und Amt! Keine Mühsal auf törichte Ueberlieferungen, kein Kompromiß mit dem Nationalen! Glühende Begeisterung für Wissenschaft und Technik, glühender Reformeifer sind die unausbleiblichen Folgen der allmählichen Revolutionierung seines Geistes. Und wie die Maschine täglich vor seinen Augen das Unmögliche möglich macht, so erfüllt ihn der feste Glaube, daß dem Menschen nichts unmöglich und dem Menschenwillen nichts unerreichbar ist.

Trennen aber vollziehen sich alle technischen Umwälzungen auf Kosten der Arbeiterkraft und jeder neue Schlag, der ihn trifft, verweist seinen Widerstand auf. Nicht Schuld der Wissenschaft, sondern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist es, das alles seit vorläufig zum Unheil ausschlägt. Als „Gesamtarbeiter“ bekennt er sich zur Wehre zu setzen und muß sich dazu im einzelnen Betrieb, in der einzelnen Branche, auf der ganzen Welt als „Gesamtarbeiter organisieren und der „Arbeitsgemeinschaft“ die rechtliche An-

Das Einkommen ist auf 365 Tage berechnet, da jeder Arbeitstag bezahlt wird, es beträgt demnach pro Tag 3,86 Mk.
Die Ausgaben pro Tag 4,62

Fehlbetrag —,76 Mk.

Ausgaben spezialisiert:

		Lebensmittel:	
Anzüge, Wägen usw.	63,30 Mk.	Fleisch	154,71 Mk.
Schuhwerk	65,50	Brot	95,08
Seife, Soda usw.	16,25	Margarine	102,04
Pächer und Schreibmaterial	5,30	Fett	10,33
Leibwäsche	21,80	Milch und Quark	18,93
Sonstige Gebrauchsgegenstände	75,24	Eier	14,78
Summa	247,39 Mk.	Fischwaren	10,71
Arzt, Hebammen, Aufwartung	41,80	Sirup	9,89
Heizung, Beleuchtung	67,02	Milch	48,60
Taschengeld pro Woche 1,50 Mk.	78,—	Prost	148,07
Summa	186,82 Mk.	Sonstiges Gebäud.	131,86
Mietzins	228,80 Mk.	Kartoffeln	32,66
Steuern	35,76	Kaffee	18,90
Schulgeld	9,60	Gerste	9,95
Lebensversicherung	10,40	Essig und Öl	4,42
Verbandssteuern	20,80	Zucker	17,06
Polit. Organisation	5,20	Gurken	2,96
Zeitungen	11,40	Einfaches Bier	4,87
Invalidenversicherung	9,36	Kakao, Schokolade	8,06
Spiele, Schule	34,90	Wehl	10,72
Summa	396,22 Mk.	Obst	8,58
		Wollwolle	2,18
		Hülsenfrüchte	17,69
		Gewürze	11,27
		Summa	888,06 Mk.

Man lese diese Aufstellung aufmerksam durch, rechne nach, ob der Arbeiter mit seiner Familie, welche acht Köpfe zählt, viel leicht zu luxuriös gelebt oder überhaupt zu große Ansprüche gemacht hat. Die Lebensmittel und alle anderen Bedarfsartikel sind ungeheuer gestiegen; die Hülsenfrüchte, die nach den meisten Nährstoffen haben, sind so teuer, daß die Arbeiter auf Brot und Kartoffeln angewiesen sind. An einen Ausspruch des Oberbürgermeisters Dr. Tröndlin sei hierbei erinnert; er sagte: „Die Teuerung ist eine vorübergehende; wenn die Arbeiter kein Fleisch hätten, so gäbe es eine Menge anderer Nahrungsmittel, die das Fleisch ersetzen.“ Die anderen Nahrungsmittel haben jedoch mit den Fleischpreisen mindestens gleichen Schritt gehalten. Eine Unterernährung findet bei der ärmeren Bevölkerung statt, das ist nicht wegzuleugnen. Auf alle Kulturerrungenschaften und Vergnügungen muß verzichtet werden, dazu reicht der Lohn nicht aus, obwohl auch der Arbeiter durch seine aufreibende Tätigkeit eine Zerstreuung und Ablenkung von den Sorgen des Alltags notwendig hatte. Sein Bestreben muß nur darauf gerichtet sein, den notwendigen Lebensunterhalt für seine Familie zu beschaffen. Zu

erkenntnis als Gemeinde erzwingen. „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ Er weiß von Marx, daß er es muß, und darum will er es doppelt, aus Instinkt und Erkenntnis. Nun ist der Sozialismus nicht bloß Gedankeneinhalt des Proletariats, sondern sein lebendiger Wille. Der Sozialismus wird aus der Weltanschauung einer Klasse zur politischen Partei, zur Weltpartei der Arbeit, welche die ganze vorwärtstreibende Menschheit führt. Und so hat, nach Marx' Wort, der Proletariat nach dem völligen Verlust des Menschlichen die Menschheit wiederentdeckt und wiedergewonnen, wiedergewonnen auch die Uebereinstimmung des gesamten Weltbildes mit dem individuellen Dasein. Eine neue Welt ist empfangen worden in dem Schoße der Geschichte, und wir hatten der Stunde, wo sie herrschend ins Leben tritt, größer und schöner als alle vor ihr.

Für die schöpferische Vermählung von Wissenschaft und Arbeit, von Denken und Tun, von Herrschaft und politischem Kampf ist die Person Karl Marx ein lebendiges Vorbild, die sichtbare Verkörperung seiner eigenen Ideen. Als politischer Vorkämpfer und Flüchtling, zwischen Moskau, Paris, Brüssel und London, als Agitator und Organisator der Revolution erforcht er die Grundgesetze der politischen Ökonomie. Mitten unter der Ausarbeitung des „Kapital“ begründet und lenkt er die Internationale. Der Mann aller abendländischen Kulturen, Deutscher, Franzose und Engländer nach seinem Willen und Müssen in einer Person, in allen Ländern ein Fremder und doch der Herrscher über die Geisteskräfte aller Völker, verkörpert er die Internationale und führt den Krieg gegen die herrschenden Klassen aller Völker zugleich, während er in stiller Gedankenwelt die geheimen Vorgänge der bürgerlichen Weltordnung durchforscht. So wohnt er am laufenden Reichtum der Zeit, das Haupt des unermesslich gewaltigen Gesamtarbeiters der Welt, und wie sein Denken für die Proletariat aller Völker für jeden ein unerschöpfliches, individuelles Erlebnis geworden, so bleibt sein haaremaliges Lebenshaupt mit jedem Zuge eingegraben in Firm und Herz aller arbeitenden Menschen, jetzt und in allen Zeiten.

dem Bewußtsein muß aber ein jeder städtischer Arbeiter kommen, daß es seine Pflicht ist, zur Verringerung der heutigen Zustände beizutragen, und das kann er, indem er sich dem Verbands der Gewerkschaft und Staatsarbeiter anschließt. Aufklärung und Nachdenken über die Massenlage der Arbeiter kann nur zu dem Ziel führen, welches wir uns gesetzt haben. Darum, Kollegen, aufgewacht! Trage jeder seinen Teil dazu bei, indem er diesen Anregungen Folge leistet; nur so können wir vorwärts kommen, wenn wir durch Zahlen beweisen können, wie unsere Lebensweise beschaffen ist. „Nur der erwirkt sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobert.“

Wir möchten hierbei den dringenden Wunsch wiederholen, daß recht viele Kollegen ihre Einnahmen und Ausgaben im Notizkalender täglich eintragen und das Resultat am Schluß des Jahres an den Verbandsvorstand senden. Das Gesamtergebnis wird dann ein sicheres und einwandfreies Material sein, um sowohl als Unterlage für unsere Forderungen wie auch zur Illustration zu dienen.

Aus der Praxis für Arbeiterversicherung.

Eine wichtige Entscheidung für Krankenrentenmitglieder.
Nach der auf Grund von § 26a, Absatz 2, Ziffer 3 des Krankenversicherungsgesetzes getroffenen Vorchrift in § 14 des Statuts der Ortskrankenkasse Leipzig wird Personen, welche die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von 12 Monaten für 31 Wochen bezogen haben, bei Eintritt eines neuen Unterstüßungs-falles, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt worden ist, während der nächsten sechs Monate Krankenunterstützung nur bis zur Gesamtdauer von 13 Wochen anwahrt. Die erste für die Anwendbarkeit dieser Ausnahmeregelung maßgebende Bedingung — Bezug von Krankenunterstützung während 31 Wochen — war in dem Streitfall von einem Rentnervorgänger erfüllt. Ebenso hatte die betragte Ortskrankenkasse das Vorhandensein eines neuen Unterstüßungs-falles für die Zeit vom 6. August 1906 als anerkannt; denn sie hatte dem Kläger von diesem Zeitpunkte an wiederum Krankenunterstützung, wenngleich nur auf 13 Wochen, gewährt. Sie verneinte aber eine weitergehende Verpflichtung mit der Behauptung, diese anderweitige Erkrankung hätte ebenso wie die vorhergehende in Weisheit und mit ihr verbundenen vorwiegend neurotischen Beschwerden bestanden. Dagegen hat der Kläger vorgebracht, er sei vom 6. August ab nicht infolge vom Weisheit, sondern infolge eines Lungenleidens krank und erwerbsunfähig gewesen. Die Kreishauptmannschaft Leipzig hat diese Angabe als unerheblich zurückgewiesen, da bei dem Kläger, der an allerlei nervösen Beschwerden gelitten habe, nur Anzeichen beobachtet worden seien, die eine Affektion der Lungenorgane wahrscheinlich machten, während es an einem Beweise dafür fehle, daß vom 6. August ab tatsächlich eine Lungenkrankung vorgelegen habe. Dieser Ansicht vermochte sich das Oberverwaltungsgericht nicht ohne weiteres anzuschließen. Es führt in seinem Urteil aus: § 14 des Statuts sei nur dann anwendbar, wenn der neue Unterstüßungs-fall durch die gleiche, nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt worden sei. Es müßten also der frühere und der neue Unterstüßungs-fall auf dieselbe Krankheit im medizinischen Sinne zurückzuführen, letztere müsse eine einheitliche sein. Nicht darauf, ob die Krankheitserscheinungen beide Male die nämlichen gewesen seien, komme es an, sondern darauf, ob ihre Ursache die gleiche gewesen sei. Die Entscheidung über das Rechtsmittel hängt hiernach zunächst von der Beantwortung der Frage ab, ob eine Heilbehandlung erforderliche Lungenkrankung schon während der am 15. März 1905 abgeschlossenen Krankheitsperiode bestanden habe und ob eine derartige Erkrankung am 6. August 1905 nachgewiesen oder doch mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei. Da für die Beantwortung dieser Fragen die Akten und die vorhandenen ärztlichen Gutachten keinen ausreichenden Anhalt böten, habe das Oberverwaltungsgericht ein ärztliches Gutachten eingeholt. Nach diesem gelte als festgestellt, daß während der 31 Wochen andauernden Unterstüßungsperiode ein Heilbehandlung erforderndes Lungenleiden beim Kläger nicht bestanden habe, ferner daß seine späteren 12 bzw. 10 Tage währenden Erkrankungen ihre Ursache nicht in der auf Weisheit beruhenden Neurotischen, während welcher er ausgespart gewesen sei, gehabt hätten, sondern sich als neue selbständige Krankheiten im medizinischen Sinne darstellten. Es stehe ihm daher abgesehen der Sonn- und Montagslage für 16 Tage ein Anspruch auf das Krankengeld zu. Insofern sei die Kasse zu verurteilen.

Notizen für Gasarbeiter.

Schönebeck. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der hiesigen Gasanstalt, der Thüringer Gasgesellschaft zu Leipzig gehörig, sind nicht weniger als glänzend. Die Löhne, die bezahlt werden, sind nicht nur ausreißend zum notwendigen Lebensunterhalt einer Familie. Die Gasarbeiter bekommen 30 Pf. pro Stunde, die Eisen-

arbeiter 31, 33, 35 und 39 Pf., je nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses. Auch eine Wohlfahrts-Einrichtung ist geschaffen. Es gibt nämlich sogenannte Ehrengaben, die solche Arbeiter erhalten, die in einem dauernden Arbeitsverhältnis stehen. Wer 5 Jahre gedient hat, erhält 50 Mark, in 10 Jahren 100 Mark, in 15 Jahren 150 Mark, in 20 Jahren 200 Mark, in 25 Jahren 250 Mark, jede 5 Jahre weiter 50 Mark mehr. Diese Ehrengaben bekommen die Arbeiter aber nicht in bar, sondern es wird ihnen ein unentbehrliches Sparbüchlein ausgehändigt. Es wäre besser, die Gesellschaft zählte höhere Löhne. Läßt sich ein Arbeiter etwas zuschulden kommen, so wird er mit dem Verlust eines halben oder sogar eines ganzen Tagelohnes bestraft. Die Wacheanstalt befindet sich in einem schlechten Zustande, Wasabeden und Prause sind wohl vorhanden, aber nicht zu gebrauchen. Eine Vorrichtung zum Stauffechen fehlt. Auch sind zu wenig Schränke vorhanden.

Aus den Stadtparlamenten.

Gewerbe. Die Einführung einer Ruheordnung und eines neuen Lohns für die städtischen Arbeiter fand die Zustimmung des Gemeinderates. Nach der Ruheordnung haben die städtischen Arbeiter nach zehnjähriger Tätigkeit, vom 21. Lebensjahre an gerechnet, Anspruch auf 40 bis 75 Proz. des Lohnes je nach der Zahl der Dienstjahre. Die Löhne der Arbeiter wurden um 20 Pf. pro Tag erhöht.

Sandstein. Aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der Gießerei wurden 2000 Mk. ausgeworfen für die Unterstützung in Not geratener Gießereiarbeiter. Auch beschloß die Stadt die Verteilung von Geldgeschenken. — Eine Lohnerhöhung wäre zweckmäßiger gewesen, kostet allerdings mehr und — macht nicht solchen Effekt nach außen!

Landesberg a. M. Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit der Vorlegung der städtischen Arbeiter. Beschlossen wurde, die Beiträge und den Rechtsanspruch der Arbeitnehmer einer gemischten Kommission zu überweisen, wozu auch zwei städtische Arbeiter herangezogen werden sollen.

München. Der „Münch. Post“ entnehmen wir im Auszuge nachstehenden Bericht: Der ultramontane G. A. Miggauer hatte den Antrag gestellt, ab 1. Juli die Löhne der städtischen Arbeiter Kategorie II und III um 20 Pf. zu erhöhen. Dieser Antrag, der nur einem Bruchteil der städtischen Arbeiter eine Lohnaufbesserung bringen würde und der pro Jahr eine Mehrausgabe von 111 000 Mk. im Gejolge hätte, sollte die liberalen Arbeiterfreunde in nicht geringe Verlegenheit. Ignatius Schön, der Referent, verwies zunächst darauf, daß der Verband der Gemeindearbeiter eine vom Gemeinderat gebildete Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit ernannt habe, in der für alle Kategorien eine Aufbesserung um 40 Pf. gefordert werde. Herr Schön erklärte aber, daß man jetzt kein Geld habe, weshalb man den Antrag zugleich mit der Kommission gebildet der sozialen Kommission überweisen solle. Herr Miggauer meinte, die soziale Kommission habe seinen Antrag schon einmal abgelehnt, man solle den Antrag, dessen Verweigerung Schön auch anerkannt habe, dem Magistrat zur Würdigung hinübergeben und außerdem solle der Magistrat endlich einmal mit den Arbeiterorganisationen selbst verhandeln. — Genosse Maith führte hierzu aus: Ich habe es vorausgesehen, daß man mit der Ennde kommt, man habe keine Mittel. Die Mehrheit soll die Mittel aus derselben Kasse nehmen, aus der sie die Mittel für die Aufbesserung der Bürgermeister und Medizinate und der Beamten genommen hat. Mit der wohlwollenden Erklärung, daß man die Notwendigkeit einer Aufbesserung einsehe, sei den Arbeitern nicht gedient, davon könne sich kein einziges Arbeiterkind satt essen. Als wir im Herbst Anträge auf Verbesserung der städtischen Arbeiter stellten, haben auch die Ultramontanen gegen unsere Anträge gestimmt. Wir wissen wohl, daß der Antrag Miggauer unzureichend ist, wir werden aber doch für ihn stimmen, um wenigstens diesen beiden Kategorien eine Aufbesserung zuzumessen zu lassen. Wie soll ein Arbeiter, der nach Krieg für viele und Verdienstsbeiträge 15 Mk. pro Woche zur Verfügung hat, seine Familie haben, selbst nach einem in den „M. A. M.“ veröffentlichten Haushaltsplans werden als Minimum 25 Mk. gefordert. Die Aufbesserung der städtischen Arbeiter beträgt kaum 3 Proz., die Steigerung des Aufwands für den Lebensunterhalt beträgt aber 25 Proz. und mehr. Da bleibt also nichts anderes übrig, als den Eingekerkerten noch enger zu schließen, die Frage ist nur die, ob das noch möglich ist. Miggauer lehnt die soziale Kommission, in die Herr Schön den Antrag verwiesen wissen will, sehr genau, er ist ja ihr Mitglied. Würde der Antrag der sozialen Kommission zugestimmt, dann würden die Etatsberatungen wieder beginnen, ehe etwas geschieden wäre, vor der Etatsberatung hätte man natürlich kein Geld, weil man den Etat ohne Erhöhung der Einnahmen nicht durchbringen will. Wir fordern daher ganz entschieden, daß dieser sehr bescheidene Antrag dem Magistrat zur Würdigung hinübergegeben wird. — Nach kurzer Debatte, in der Herr Schön (lib.) u. a. sagte: „Wir sind im allgemeinen (1) arbeiterfreundlich,“ kam es zur Abstimmung. Sozialdemokraten

und Ultramontane erheben sich und ohne viel Federlesens zu machen, erklärte Vorstand Schwarz, die Ueberweisung an die soziale Kommission — d. h. die Hinausschiebung einer so dringenden Forderung — ist beschlossen. Genosse Raith (Soz.) bezweifelte jedoch das Resultat der Abstimmung. Die Stimmzählung ergab, daß die Sozialdemokraten und die Ultramontanen mit 23 gegen 22 liberale Stimmen in der Mehrheit waren. Es war also die Würdigung beschlossen. Nun hat der Magistrat das Wort. Den liberalen Arbeiterfreunden ist jetzt Gelegenheit gegeben, von ihrer so oft verkündeten Freundschaft Gebrauch zu machen und nicht nur den Antrag Niggauer, sondern auch die Denkschrift des Gemeinderat-Verbandes in einem vernünftigen Sinne zu verbescheiden. — Wir wollen hoffen, daß den ausgiebig begründeten Forderungen unserer Münchener Kollegen dabei die gebührende Beachtung zuteil wird.

München. Dem Beschluß des Gemeindefolkiums, den Mindestlohn für den unfähigen ungelerten Arbeiter des Bauamts auf 3 Mk. (bisher 2,50 Mk.), für die unfähigen ungelerten Arbeiter auf 3,10 Mk. (bisher 2,75 Mk.) festzusetzen, ist der Magistrat beigetreten. — Endlich!

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Ganz eigenartige Anschauungen über Sozialistendoch und dessen Benützung durch die städtischen Arbeiter herrschen immer noch in den Köpfen einzelner städtischer Verwaltungsbeamten. Abgesehen von der Straßenreinigung, wo ja vom ersten bis zum letzten Mann systematisch gegen die Organisation der Arbeiter gehandelt wird, zeichnet sich in dieser Hinsicht besonders die öffentliche Beleuchtung aus. Hier ist es besonders ein Herr Guldner, der in jedem organisierten Arbeiter einen persönlichen Gegner erblickt. Ueberall tritt dieser Herr Limitz und andere furchtbare Bezeichnungen. Wie rigoros Herr G. vorgeht, zeigt nachstehender Vorfall: Unterhalten sich da einige Arbeiter der Freigassebeleuchtung während der Mittagspause über ihre Arbeitsverhältnisse. Unter anderem erklärte ein Kollege, daß ein Lohn von 4 Mk. für die sechsstündige Arbeitszeit in Wind und Wetter ungenügend sei. Am anderen Tag wurde der Arbeiter zu Herrn G. befohlen, der ihm keine Entlassung ankündigte. Herr G. erklärte, die Neugierigen der Arbeiter seien „Aufreizung zum Missethug“. Teratige Elemente dürfen in „seinem“ Betriebe nicht geduldet werden. Eine Kritik dieser Handlungsweise erübrigt sich. Wir möchten nur die Frage aufwerfen, ob nicht die Maßnahmen des Herrn G. geeignet sind, aufreizend zu wirken. Aufreizend wirkt jedenfalls eine Verordnung dieser Art, die eine Versammlung der Freigassearbeiter verbot. Bisher bestand für diese Arbeiter die 10stündige Arbeitszeit — von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr. Am Arbeiter zu sparen, ist nun eine neue Arbeitszeit festgesetzt worden, und zwar von 7—12 Uhr und von 1—10 Uhr abends. Außerdem müssen die Arbeiter sehr oft Nachtpatrulle ausüben, die von 12—12 1/2 Uhr währt. Giebt man die zum Teil weiten Wege der Arbeiter in Betracht, so haben die Arbeiter im gemäßigten Falle eine Ruhezeit von 7 1/2 Stunden, bei der Nachtpatrulle sogar nur 3—4 Stunden. Eine derartige Arbeitszeit bedeutet allerdings Limitz, nämlich den Limitz jedes Familienlebens. In der Versammlung gelangte die nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 13. März 1908 bei Lehmann, Neue Friedr.straße 1, versammelten Arbeiter der Freigassebeleuchtung wenden sich entschieden gegen die beschriebene Neuerteilung ihrer Arbeitszeit. Bei dieser neuen Arbeitszeit kann von einem geregelten Familienleben und einer den gesundheitlichen Anforderungen entsprechenden Lebensweise nicht mehr die Rede sein. Ganz besonders protestieren die Arbeiter aber dagegen, daß die Neueinführung erfolgt, ohne vorher die Arbeiter bzw. den Arbeiterschuß zu hören. Die Arbeiter sind der Meinung, daß die notwendigen Arbeiten sehr gut bei der bisherigen Arbeitszeit ausgeführt werden können. Die Versammelten beauftragen den Arbeiterschuß, dahin vorzulegen zu werden, daß die bisherige Arbeitszeit beibehalten bleibt, unbeschadet der eingezeichneten Forderung auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit.“

Berlin. In einer öffentlichen Versammlung am 13. März beschäftigten sich die Manalisations- und Mieselfelder Arbeiter Berlins mit der Mißere ihrer Arbeitsverhältnisse. Das Referat: „Zind die Manalisationswerte und Mieselfelder Arbeiterbetriebe“ hielt Kollege Schabel. Nach einem technischen Ausblick kam er zu dem Resultat, daß die Explosionsgefahr im Manalisationsbetriebe immer größer werde und daher da, wo mit Penzin gearbeitet würde, eine strengere Kontrolle notwendig sei. Trotz der sich daraus ergebenden unbegrenzten Möglichkeiten von Betriebsunfällen werden wahre Lohnarbeiter bezahlt; 3,75 Mk. ist für die schmutzige, oft ekelhafte Arbeit eines Manalarbeiters seine Bezahlung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Sonntagstage mit bezahlt werden; denn einige Inspektoren lassen dafür sogar Ueberstunden machen, damit der Tag wieder herauskommt; die Bezahlung dieser Ueberarbeit können sie trotz agentenartiger Beschlüsse der Deputation hartnäckig ab. In der Pauerwaltung werden ganze 38 Pf. Stundenlohn gezahlt; ferner wird jede

Stunde, welche der Arbeiter ohne sein Zutun aus irgendwelchen Betriebsgründen aussetzen muß, glatt abgezogen. Derselbe Rückständigkeit; bezüglich der Arbeitszeit zu verzeichnen; so müssen z. B. die Heizer eine ununterbrochene Nachtschicht von 12 Stunden leisten, ohne den geringsten Zuschlag zu bekommen. Zum achtstündigen Schichtwechsel, den die Arbeiter hier fordern müssen, hat sich die Verwaltung noch nicht aufschwingen können. — Die Gutsarbeiter auf den Mieselfeldern erhalten einen Lohn von 1,80 Mk. pro Tag; sie kommen noch nicht auf 900 Mk. im Jahre. Wie sie da mit ihren Familien auskommen sollen, dürfte ein Geheimnis der Verwaltung bleiben. Den Sommerurlaub verweigert man diesen Kollegen, weil sie — wie gesagt wird — ja immer in „gesunder“ Luft sind — angesichts der Mieselfelder „Düfte“ eine merkwürdige Ansicht. Sowohl den Arbeitern der Pauerwaltung wie auch denen der Mieselfelder, wird in unverständlicher Weise die Einrichtung von Arbeiterausschüssen vorenthalten. Andererseits sind für die Manalisationsarbeiter gleich 6 Ausschüsse vorhanden. Hier wäre ein einziger vorteilhafter und zweckmäßiger. Gegenwärtig hat die ganze Institution nur dekorativen Wert für die Stadt, aber so gut wie keinen für die Arbeiter. Beweis dafür ist der seit zehn Jahren gestellte Antrag auf Lieferung wasserfester Jacken. Die Verwaltung ist bis auf den heutigen Tag über „Versuche“ nicht hinausgekommen — man scheint auf den Fabrikanten zu warten, der die Jacken umsonst liefert. Diese und andere Beispiele liegen den Redner zu dem Fazit kommen, daß die Abstellung solcher Zustände von den Arbeitern energisch in die Hand genommen werden müsse. — Die lebhafteste Diskussion bewegte sich gänzlich im Rahmen des Referats und schloß mit nachschleppender Resolution: „Die am 13. März zahlreich versammelten Arbeiter der städtischen Manalisation und Mieselfelder sind entrüstet über die Aufrechterhaltung ihrer wohlbegründeten Anträge auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bei der diesjährigen Etatsaufstellung. Die beantragte Regelung der Arbeitszeit, insbesondere die Abkürzung der Maschinenpersonal, ist aus hygienischen und sozialen Gründen eine zwingende Notwendigkeit. Es ist daher ganz unverständlich, wie eine solche von jedem einsichtigen Sozialpolitiker befürwortete Forderung unberücksichtigt bleiben konnte. Auch die Ablehnung der Lohnerhöhung auf der Basis eines Minimaltagelohnes von 4 Mk. zeugt von einem erheblichen Mangel an Verständnis für die Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien. Die gegenwärtigen Löhne sind im Hinblick auf die drückenden Feuerungsverhältnisse unzureichend und rufen daher Entbehrung, ja nicht selten direkt bittere Not hervor. Die versammelten Arbeiter erheben aus der Nichterfüllung dieser durchaus berechtigten Wünsche, daß die Arbeiterangelegenheiten keineswegs mit dem immer behaupteten Wohlwollen behandelt werden, und daß in solchen Dingen die schärfste Rückständigkeit Platz greift. Demgegenüber erklären die Arbeiter den festen Willen, an ihren Forderungen festzuhalten, und sie endlich doch durchzusetzen. Als erstes und bestes Mittel dazu ist die in der gewerkschaftlichen Organisation zu betätigende Selbsthilfe zu betrachten. Nur auf diesem Wege werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen die notwendige Ausgestaltung finden. Die Versammelten richten daher an alle Kollegen den dringenden Appell, treu zur Fahne des Gemeindefreierverbandes zu halten und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte städtische Arbeiter in dessen Reihen aufgenommen ist.“

Berlin. Die Handwerker und Arbeiter des städtischen Schlachthofes und Viehhofes waren am 17. März zahlreich im Lokal von Schröder versammelt. Kollege Wilhelm Wöhs sprach über: „Den Wert der Arbeiterschuße“. Treffend wies Redner nach, daß der Arbeiterschuß infolge der vom Magistrat vorgeschriebenen Bestimmungen kaum als Vertretung der Arbeiter wirken kann. Um ihm in dem engen Rahmen immerhin Geltung zu verschaffen, ist es notwendig, nur solche Kollegen in den Ausschuß zu wählen, die mit Eifer und Energie die Interessen der Kollegen wahrnehmen und die Organisation hinter sich haben. — Den Bericht von der Sitzung des Arbeiterschußes am 6. März erhielt Kollege Neumann. Die Kollegen hatten den Antrag eingebracht, eine Abschrift der Protokolle von den Sitzungen des Ausschusses zu erhalten. Begründet wurde der Antrag damit, daß bei der Pauerwaltung und den Wasserwerken dies bereits üblich sei. Der Herr Direktor erklärte sich ja auch dazu bereit, doch müsse er erst bei den genannten Direktionen Erlaubnis einziehen. Es scheint also, als wenn die Auslage des Arbeiterschußes auf ihre Glaubwürdigkeit geprüft werden muß. — Die Anfrage, ob der verlängerte Urlaub gemäß der Magistratsverordnung vom 3. Mai 1907 den Handwerkern gewährt wird, zeugte eine lebhafteste Debatte. Am Anfang derselben kannte der Herr Direktor diese Verfügung nicht. Als aber der Arbeiterschuß einzelne Betriebe namhaft machte, in denen der verlängerte Urlaub schon eingeführt ist, erinnerte er sich einer solchen Verfügung. Am anderen Tage ließ der Direktor einem Mitgliede des Ausschusses sagen, dieser Urlaub werde auch auf dem Schlachthof und Viehhof eingeführt. Das bedeutet für uns also wiederum einen kleinen Fortschritt. Offiziell wird aber der erweiterte Urlaub bald für alle Arbeiterkategorien eingeführt. — Darauf erfolgte die Anstellung der Mandatanten für die Erhaltung des Arbeiterschußes.

schüßes. Folgende Kollegen wurden einstimmig aufgestellt: Bentzel, Schünemann, Zimmermann und M. Wilhelm. Es ist nun Pflicht eines jeden Kollegen, diesen Kandidaten bei der Wahl die Stimme zu geben. Je einmütiger diese Kollegen gewählt werden, um so mehr wird die Direktion den Ausschluß als Vertretung der Arbeiter ansehen!

Dresden. Eine außerordentliche Generalversammlung der Zahlstelle Dresden fand am 8. März im Saale des „Volkshauses“ statt. Tagesordnung war: „Die Anstellungsbedingungen des Lokalbeamten nach den Beschlüssen des Verbandstages in Mainz.“ Diese Frage hatte schon zwei Generalversammlungen beschäftigt, war aber nicht zur Erledigung gekommen. Angesichts der Tatsache, daß im Jahre 1909 in Dresden der Verbandstag stattfindet und der Beamte in Dresden der älteste der angestellten Beamten unseres Verbandes ist, wurde die Erledigung der Sache von allen Seiten der Mitglieder als dringend empfunden. In Vertretung des Verbandsvorstandes war der Kollege Mohs anwesend. Er legte den Wunsch der Verbandsleitung auf baldigste Lösung dieser Frage dar. Es sei gewiß verständlich, daß es den Mitgliedern oft schwer fällt, der Anstellung ihrer Beamten unter zufriedenstellenden Bedingungen zuzustimmen, wenn sie selbst unter den schwierigsten Verhältnissen leiden. Da aber Beschlüsse des Verbandstages vorliegen, so müssen sie auch zur Geltung kommen. In der Diskussion kamen unter anderem auch die Entwicklung der Dresdener Filiale und die Beamtenfrage zur Sprache, aus der das folgende erwähnt sei: Die Gründung der Dresdener Organisation erfolgte im Juli 1896 infolge eines Streits der Tiefbauarbeiter. Der gegenwärtige Vertrauensmann wurde damals mit gemäßigter und gründete mit einer Anzahl Kollegen den „Verein der städtischen Arbeiter“. In der folgenden Zeit arbeitete der Vertrauensmann mit vielen Unterbrechungen auf verschiedenen Privatbauten, weil er in städtischen Betrieben keine Arbeit erhalten konnte. Seine Arbeitslosigkeit betrug vom Juli 1896 bis März 1898 zehn Monate. Von dieser Zeit an fand er bis zum 17. November 1900 wieder Arbeit in städtischen Betrieben. Mit einigen Unterbrechungen von 2 bis 12 Wochen erfolgte dann am 17. November 1900 seine endgültige Entlassung. Im Frühjahr 1901 saßten die Mitglieder den Vorschlag, eine größere Agitation zu entfalten. Die Zahlstellen in den Restaurationen wurden aufgehoben; der gemäßigete Vertrauensmann sollte die Beiträge im Hause abholen und von der entlassenen Summe nach Prozentsätzen bezahlt werden. Dabei stellte sich heraus, daß von 400 Mitgliedern nur 150 zahlungsfähig waren. Die Vierteljahreseinnahme betrug ungefähr 810 Mk. Die Procente hierfür betrugen 51 Mk. Von diesem Lohn konnte der Vertrauensmann natürlich nicht leben. Vom 1. Juli 1901 ab wurde ihm daher ein Wochenlohn von 15 Mk. gewährt. Der Vertrauensmann hatte dafür die Hoffungsbezüge und die Agitation zu besorgen sowie das Krankengeld auszugeben. Das Bureau befand sich in der Wohnung des Vertrauensmannes. Eine Entschädigung gab es dafür nicht. Das Einziehen der Beiträge wurde durch Hausstättener besorgt. Eine rege Agitation wurde entfaltet. Im Oktober 1903 wurde ein Bureau im „Volkshaus“ gemietet. Die Mitgliederzahl betrug damals 535. Die Unterbringungseinrichtungen wurden ausgebaut, und die Mitgliederzahl vergrößerte sich. Im Jahre 1906 mußte ein größeres Bureau gemietet werden, zugleich sah sich auch der Verbandsvorstand veranlaßt, einen Gaubeamten in Dresden anzustellen. — Die hierauf folgende Abstimmung ergab folgendes Bild: 89 Stimmen für und 49 Stimmen gegen Gleichstellung mit dem Gaubeamten. 5 Zettel waren ungültig, zwei unbeschriftet. — Ein Antrag Mohs: Bewilligung von 200 Mk. aus Mitteln der Kassa zur Teilnahme der Mitglieder an Bildungstufen, fand Annahme. Desgleichen ein Antrag Seider auf Feststellung der Mandatsbefugnisse der Verwaltungsmitglieder. Die nächste Mitgliederversammlung soll sich mit dieser Angelegenheit befassen.

Hannover. In der am 13. März stattgefundenen Mitgliederversammlung, hielt Kollege Wegsahret-Varman einen Vortrag über: „Die Kämpfe der städtischen Arbeiter um ihre Existenz“. Der Redner betonte, daß die städtischen Arbeiter noch weit zurück in ihren Lohnverhältnissen sind, denn was sie bis jetzt an Lohnzulage erhalten haben, ist durch die Steigerung der Lebensbedürfnisse wieder verdrängt. Der Redner hob hervor, daß man in Hannover keine Arbeiterausschüsse hat, vielmehr das Heberstundenwesen und die ungenügende Zahlung der Lohnindifferenz bei Krankheitsfällen. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen und zur Diskussion gestellt. — Hieraus verlor der Vorsitzende die Antwort des Magistrats auf unsere Lohnforderung vom 8. Februar: „In der Angelegenheit betreffend Erhöhung des Tagelohnes für städtische Arbeiter geben wir Ihnen anheim, zu veranlassen, daß diejenigen Arbeiter, welche sie mit der oben genannten Eingabe beauftragt haben, sich unmittelbar an ihre arbeitgebenden Anstellungen zu wenden haben.“

Schwabach. Als im Oktober v. J. die Kollegen sich organisierten, betrachteten dieselben die mißlichsten Zustände. Es mußte sofort darangegangen werden, um hier einigermaßen Besserungen zum Besseren zu schaffen. Im Dezember wurde ein Eingabe an die städtischen Kollegien abgegeben. Erhöhung des Lohnes,

Zuschlag für Heberstunden, Sonntags- und Nacharbeit, Gewährung von Sommerurlaub, Wahl eines Arbeiterausschusses und verschiedene andere Forderungen wurden aufgestellt. Ganz besonders war die Gasanstalt in der Eingabe bedacht, da hier Zustände herrschten, welche für die Dauer unhaltbar waren. Während nun der Ressortvorsteher im Bauamt den Arbeitern nicht im geringsten wegen ihrer Organisationszugehörigkeit zu nahe trat, versuchte der Direktor des Gaswerkes mit allen Hinfen der Organisation den Garaus zu machen. Durch Anbieten von Stellen mit Monatsgehalt, Versprechen auf fernere Verbesserungen, eventl. Gründung eines Lokalvereins sowie durch eine ausgefachte Söflichkeit und Liebenswürdigkeit glaubte er zu seinem Ziele zu kommen. Er mußte jedoch einsehen, daß in der Brust des Arbeiters Charakterfestigkeit zu finden ist. Alle Lockungen und Versprechungen prallten an der Heberzeugung der Arbeiter ab. Jetzt ist nun die Eingabe der Arbeiter durch die Kollegien erledigt, und zwar ist den Bauamtsarbeitern ein Mindestlohn von 32 Pf. pro Stunde zugesichert. Der Lohn kann bis 35 Pf. steigen. In den Vorabenden der Feiertage ist um 4 Uhr Arbeitslohn, ohne Lohnabzug. Für Heberstunden werden 25 Proz. und für Sonntags- und Nacharbeit 50 Proz. Zuschlag gewährt. Die Arbeiter haben ferner einen Arbeiterausschuss aus ihrer Mitte zu wählen. Nach ein- und zweijähriger Dienstzeit gibt es 3 Tage Urlaub, nach 3-5 Jahren 5 Tage und nach 6 Jahren 6 Tage unter Fortbezahlung des Lohnes mit der Bestimmung, daß die Arbeiter während diesesurlaubes keine andere Arbeit gegen Bezahlung verrichten. Wenn nun auch nicht alles das genehmigt worden ist, was die Arbeiter gefordert haben, so ist doch immer ein Fortschritt zu verzeichnen. Besonders anerkennenswert ist die Gewährung des Urlaubs schon nach einem Dienstjahr. Hier dürfte sich die Verwaltung der nächstliegenden Großstadt Nürnberg ein Beispiel daran nehmen.

Mülheim. Unsere Filiale hatte am Sonntag, den 8. März, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung. Unser Gauleiter Schäfer hielt einen Vortrag über: „Die Entstehung und Entwicklung unseres Verbandes“. Redner erörterte auch die Pflichten der Stadtgemeinde als Arbeitgeberin, wobei er feststellte, daß gerade die Stadtverwaltungen am besten ihren Pflichten nachkämen, in denen die Arbeiter am besten organisiert sind. Kollege Koch führte in der Diskussion aus, daß die Mülheimer Stadtverwaltung nichts von sozialen Pflichten wisse, anderenfalls könne es doch nicht vorkommen, daß man einen Arbeiter (es handelt sich um die Stallwache im Fuhrpark) für täglich 20 Stunden Dienst 2,60 Mk. anbietet. Am Schlachthof erhielten die Lagerarbeiter 3,20 Mk. pro Tag. Er forderte die Kollegen auf, aus den Ausführungen des Kollegen Schäfer die richtigen Konsequenzen zu ziehen und sich, soweit dies noch nicht geschehen, dem Gemeindefacharbeiterverband anzuschließen. Es liegen hier auch einige Kollegen vom Schlachthof und vom Wasserwerk aufschreiben. Somit haben wir nun in sämtlichen städtischen Betrieben Fuß gefaßt.

Rundschau.

Am 18. März fanden zur Erinnerung des sechzigjährigen Gedenktages der Revolution von 1848 sowie zur Demonstration gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht in Groß-Berlin, Frankfurt usw. Nachmittagsversammlungen statt. Berlin allein hatte über 20.000 Teilnehmer, so daß man also von einem glänzenden Verlauf dieser Demonstrationen sprechen kann. Die Polizei glaubte sich natürlich auch wieder betätigen zu müssen. In den Hunderten von Abendversammlungen in ganz Preußen waren die Säle überfüllt. Vereinzelt Mahregelungen durch Unternehmerverbände wegen Teilnahme an den Nachmittagsversammlungen sind gemeldet. Das wird uns aber nicht abschrecken dürfen, auch weiter energisch und mit allen gesetzlichen Mitteln auf kulturelle Zustände in Preußen zu dringen!

Im Reichstag wird gegenwärtig „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ geredet. Und zwar unfreiwillig! Die Reichstagsjournalisten wurden nämlich von Herrn Grober (Zentrum) als „Saubengel“ angepöbelt. Sie gaben die einzig richtige Antwort, indem sie einmütig eine Zurücknahme dieser groben Beleidigung verlangten. Da aber nur eine sehr gedrückte Erklärung des Präsidenten Grafen Stolberg (links) abgegeben wurde, stellten sämtliche Reichstagsjournalisten (mit Ausnahme von zwei bis drei Zentrumstreifbrechern) ihre Tätigkeit ein. Wie es scheint, dürfte in einigen Tagen ihr Sieg gesichert sein, da eine diesbezügliche Ehrenklärung seitens des Präsidenten und Grobers erwartet werden darf.

Eine treffende Charakteristik unseres „Freundes“ Fischbed, noch immer Stadtrat und „Sozialpolitiker“ in Berlin, bringt das „Berl. Tagebl.“. Es schreibt: „Wenn man den Russen tragt, kommt der Tartar zum Vordein.“ sagte Napoleon I. Macht man den Berliner Stadtrat Fischbed, dann zeigt sich unter der liberalen Haut der wackelnde Reaktionär. Die „Kreuzzeitung“ hat das mit dem feinen Instinkt, der ihr bisweilen eignet, gewittert; sie hat Herrn Fischbed wegen seiner Haltung in der Ar-

beitslosenfrage Schweichelen gesagt; Herr Fischbed ist gleich von ihrem Fleisch und Wein von ihrem Wein. Herr Fischbed wird für seine Tätigkeit als Stadtrat der Reichshauptstadt bezahlt; dagegen ist nichts einzuwenden. Aber er wütet in der städtischen Selbstverwaltung herum wie irgendein Bierfäher im Porzellanladen; an dieser verwünschten Tätigkeit sollte man ihn hindern. Nicht die völlig gleichgültige Persönlichkeit des Herrn Fischbed steht auf der Tagesordnung, wohl aber die kommunale Selbstbestimmung. Schon der paskamäßige Ton, den Herr Fischbed anzuschlagen beliebt, ist ungebührlich. So lange ich an dieser Stelle sitze, werde ich mir die eigene Entscheidung darüber, wem ich zuhören will und wem nicht, vorbehalten müssen," sagte in der letzten Stadtverordnetenversammlung Herr Fischbed. Er fügte dann mit Bezug auf den Stadtverordneten Dr. Nathan hinzu: „Er kann meinetwegen reden, was er will.“ In diesen Bemerkungen liegt eine Beschädigung der Stadtverordnetenversammlung vom Magistratsstische aus. Wenn trotzdem Herr Oberbürgermeister sich für eine glatte Protektion zu bemühen, als nun der Stadtverordnetenvorsitzer Michels sagte, „er könne die Äußerung Fischbeds nicht ungenutzt lassen“, so stimmt auch hier, daß Herr Michels besser getan hätte, statt sich mit dem Stadtverordnetenvorsitzer zu zanken, darauf zu achten, daß vom Magistratsstische aus kein Windmühlentampf geführt wird. Es ist schließlich genug, wenn sich ein Magistratsmitglied blamiert!

Das Kaiserliche Statistische Amt beabsichtigt, wie die „Sozialpolitische Rundschau“ erfährt, demnächst über die im Jahre 1907 seitens der Unternehmer mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge eine Statistik durchzuführen und versendet zu diesem Zwecke an die verschiedenen Arbeitgeberverbände eine Anzahl Formulare, auf denen die zurzeit bestehenden Tarifverträge nach Zahl, Dauer und Berufsgruppen angegeben sind. Desgleichen soll festgestellt werden, wieviel Tarife im vergangenen Jahre erstmalig, wieviel bei Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung und wieviel infolge Streiks oder Aussperrungen abgeschlossen worden sind. Schließlich soll auch die Zahl der beteiligten Betriebe sowie der unter Tarifvertrag arbeitenden Personen ermittelt werden. Zweck eingehenderer Bearbeitung der ganzen Frage bittet das Statistische Amt, den Angaben auf den betreffenden Fragebogen je ein Exemplar der einschlägigen Tarifverträge beizufügen. Das Statistische Amt stellt die genannten Erhebungen an, um für die in der nächstjährigen Reichstagsdebatte zu erwartenden Erörterungen über die Tarifverträge eine geeignete und möglichst genaue Grundlage zu gewinnen. — Falls sich diese Anfragen nur auf die Unternehmerverbände erstrecken sollten, dürfte der Wert ein ebenso problematischer sein wie die gegenwärtige Streikstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes.

Die Gewerkschaft — die Patriotismus. Vor die Alternative, zwischen beiden zu wählen, wurde kürzlich ein Mitglied unseres Verbandes gestellt. Wir geben hier den Preis, welcher uns davon in Kenntnis setzte, wörtlich wieder.

An den Filialvorstand usw.

Gebeter Herr!

Als ich mich vor 4 Wochen im Verband aufnehmen ließ, ahnte ich nie, daß diese von so kurzer Dauer sein wird. Ich gehöre als Chinafrüher noch einem patriotischen Verein an. Ich weiß nun nicht von welcher Seite aus diesem Verein zur Kenntnis gekommen ist, daß ich unserem Verband beigetreten bin; kurz und auf, in der letzten Mitgliederversammlung dieses Vereins wurde ich vor die Wahl gestellt, eines von beiden zu lassen.

Da ich nun schon über 6 Jahre diesem Verein angehöre, und somit mir bedeutende Rechte erworben habe, muß ich mit dem größten Bedauern bitten, mich aus die Liste ihrer Mitglieder zu streichen. Seien Sie aber überzeugt, daß ich jederzeit die Interessen des Verbandes und somit die meiner Kollegen vertreten werde.

Mit aller Hochachtung

97. 97.

Es ist nicht die Unleidlichkeit des betreffenden patriotischen Vereins, welche uns Anlaß zur Veröffentlichung gibt, denn diese ist nur zu bekannt. Wir wollen bloß zeigen, was mancher Mensch für eine Ansicht über Interessensvertretung hat. Der Schreiber dieses Briefes erklärte bei der Aufnahme persönlich, daß ihm seine Kollegen zum Austritten immer begeret seien. Nun, wie es scheint, auch nicht ganz mit Unrecht. Wenn der Wille zur Vertretung der Interessen des Verbandes und der Kollegen nicht weiter reicht, als wie es hier der Fall ist, so ist das sehr bedauerlich. Bedenkt der Briefschreiber nicht, daß er sich immer fester in den Fesseln fängt, wenn er länger in diesem Verein bleibt, welcher ihn derart bevormundet. Wer einmal die Abtöt hat, sich zu befreien, der muß es sofort und konsequent tun. Im übrigen möchten wir diesen „unartigen“ Kämpfer darauf aufmerksam machen, daß es konsequent von ihm wäre, wenn er dann auch auf die Rechte verzichtete, welche er durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bekommen hat. Seine letzte Lohnzulage ist nämlich keine Erwerbsfähigkeit seines patriotischen Vereins, sondern der Organisation!

Wie ein Bürgermeister die städtischen Arbeiter verspottet. Aus einem Provinzbericht der „Preussener Volksmacht“ entnehmen wir nachstehenden bezeichnenden Vorgang aus Lissa in der Provinz Posen. „Fürstliche Löhne. Welche Antwort man Arbeitern, die um eine Zulage ihres ohnehin so lässlichen Verdienstes bitten, zuteil werden läßt, beweist folgender Vorfall: kommt da eines Tages der hiesige erste Bürgermeister bei einem Spaziergang an einem Trupp Gemeindegewerkschaften vorbei, welche mit dem Reinigen der Kanäle beschäftigt sind. Der Herr Bürgermeister will sich wohl besonders human zeigen, da er zu einem der beschäftigten Arbeiter die Frage stellt, wie es ihm geht. Der Arbeiter erwiderte darauf, daß es ihm sehr schlecht gehe. Der Bürgermeister fragte nun, wieso es ihm denn schlecht gehe, worauf der Arbeiter sein Leid vortrug und gleichzeitig mit seinen mitarbeitenden Kollegen um eine Lohnzulage bat, denn er könnte unmöglich mit dem Verdienste von wöchentlich 10 Mk. bei den teuren Verhältnissen auskommen. Zwar sei er ledig, aber er mühte doch allein für Stoff und Logis pro Woche 9 Mk. zahlen, und so bleibe ihm nichts übrig. Der Bürgermeister erklärte darauf: „Wenn Sie aber 9 Mk. für Stoff und Logis ausgeben, wo logieren Sie denn da? Da gehen Sie wohl ins Hotel Ritsche speisen?“ (Hotel Ritsche ist nämlich das erste Hotel am Plage, wo größtenteils Offiziere verkehren.) Selbstverständlich war nun der Arbeiter baff und erwiderte, daß er nur bei ganz armen Leuten logiere und es für 9 Mk. noch eines der billigsten Logis wäre. Dies schien wohl aber dem Herrn Bürgermeister nicht einzuleuchten, denn die Frage betreffs der Lohn-erhöhung soll der Arbeiter noch heute beantwortet bekommen.“ Die Antwort des Lissaer Bürgermeisters ist bezeichnend, aber nicht nur für ihn, sondern auch für die dortigen städtischen Arbeiter. Wiederholt ist von Breslau aus versucht worden, Posen zu gewinnen, doch scheiterte das Vorhaben stets an der Gleichgültigkeit der Lissaer Kollegen. Zweimal war eine Resolution arrangiert, doch saß beidemal unser Gauleiter Rehrlein mit dem Einberufer und dem Polizeibeamten — der übrigens uneingeladen, durch Penunziation aufmerksam gemacht, erschienen war — allein im Versammlungslokal. Ob es nun besser werden wird? Wir werden bald einmal die Probe aufs Exempel machen!

Liberalen Gemeinden gegen Krankenversicherung. Wie der „Liberalen“ Stadtmagistrat in Nürnberg, so sträubt sich auch der Schwabacher Stadtmagistrat gegen die Errichtung von Crisstrankenläsen. In beiden Städten besteht lediglich das völlig unzureichende Surrogat einer Krankenversicherung, die Gemeindefrankenversicherung. Der Stadtmagistrat Schwabach hat sich trotz Aufforderung der Regierung zum wiederholten Male so auch jetzt geweigert, die Gemeindefrankenläse durch eine Crisstrankenläse zu ersetzen. Dazu will er sich erst dann verstehen, wenn durch Abstimmung festgestellt sei, daß die Mehrheit der Versicherungspflichtigen mit dieser Versicherungsform einverstanden ist. Dabei soll aber der famose, vom Nürnberger Stadtmagistrat erfundene Abstimmungsmodus zur Anwendung gelangen, daß die Gesamtzahl der Versicherungspflichtigen festgestellt wird und, wenn die Crisstrasse errichtet werden soll, mehr als die Hälfte der Versicherungspflichtigen ihre Stimme dafür abgeben müssen. Diejenigen, die ihr Wahlrecht nicht ausüben, werden einfach als Gegner der Crisstrasse gezählt!

Das Programm der Gelben. Der gelbe Arbeitsbund (Zig Berlin) hat vor acht Tagen einstimmig ein Programm formuliert und angenommen, dessen Hauptpunkte folgendermaßen lauten: „Die Gelben Deutschlands betrachten die Wirtschaftsordnung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft als das gesunde Produkt einer vieltausendjährigen Kulturentwicklung, die vom Gemeineigentum (Kommunismus, Sozialismus) ausging und zum Einzeleigentum (Privatigentum) hinführte. Die Sozialdemokratie sucht, gegen ihrem reaktionären Charakter, diesen Entwicklungsprozeß zu hemmen und die menschliche Kultur auf die barbarische sozialistische Stufe zurückzuführen.“ — Der gelbe Arbeitsbund fordert zunächst: 1. Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, 2. energische Agitation für das eigene Arbeiterparlament, Arbeiterparlament, Unterhaltungsvereine, 3. Beteiligung der Arbeiterparlamente am heimischen Industriekapital, 4. gesetzliche Zulassung von Aktien über kleine Nominalbeträge für Arbeiter, 5. Bekämpfung aller parteipolitischen Agitationen in der gewerkschaftlichen Bewegung und damit auch Bekämpfung aller derjenigen Streiks, Streben, Verfassungsveränderungen, die irgendeinem anderen Zweck dienen sollen, als dem der äußersten Notwehr, 6. Erlangung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen, 7. tüchtige berufliche Ausbildung in angemessener Freizeit, 8. wirkliche Kooperationsfreiheit, 9. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, 10. gesetzliche Vergütung der Heimarbeit.“ — Wer laßt das?

Entwicklung der Großhandelspreise in den letzten 20 Jahren. Eine höchstinteressante Zusammenstellung der während der letzten 20 Jahre im Großhandel für eine Anzahl der wichtigsten Waren gezahlten Durchschnittspreise bringt das kürzlich erschienene 1. Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen

Reiches für 1907. Wir geben in nachstehendem die Preise für den Hauptplatz Berlin wieder, und zwar für das Anfangs- und Endjahr des Zeitraums sowie für das Jahr 1903, weil dieses im letzten Jahrzehnt den größten Tiefstand der meisten Preise aufweist. Es lösteten demnach im Großhandel in Berlin:

	1888	1903	1907	+ oder - geg. 1888
	RM.	RM.	RM.	0
Roggen 1000 kg	134,5	132,3	193,2	+ 43,6
Weizen	172,2	161,1	206,3	+ 19,8
Hafer	123,0	130,3	181,4	+ 47,6
Brangerste	121,1	128,3	166,7	+ 37,7
andere Gerste	27,9	26,3	29,9	+ 7,2
Maistoffen	18,8	18,0	25,4	+ 35,1
Roggenmehl 1 dz	27,0	21,7	24,2	+ 4,4
Weizenmehl	97,8	90,0	140,6	+ 49,8
Rindvieh, Schlachtgewicht	85,8	99,7	110,8	+ 28,7
Schweine, Lebendgewicht m. Z.	92,8	130,6	163,4	+ 78,1
Kälber, Schlachtgewicht	95,3	92,9	149,3	+ 56,7
Dammel	220	23,6	231,6	+ 6,5
Butter I	45,2	18,1	18,1	- 62,2
Rohzucker (Braunschweig)	145,0	61,9	70,7	- 47,1
Kaffee (unverzollt Bremen)	128,0	130,0	135,0	+ 51,7
Zee (unverzollt Hamburg)	84,3	88,4	94,2	+ 11,7
Schmalz (amerik. unverz. Bremen)	20,4	22,3	23,5	+ 15,2
Meis (unverzollt Bremen)				

Die Steigerung für fast sämtliche Waren ist eine enorme. Abgenommen im Preise hat nur das überseeische Produkt Kaffee und unter Rohzucker, bei dessen Preisgestaltung neben der fortgeschrittenen Technik auch die Zuckerrübenzuckerzeugung eine besondere Rolle gespielt hat. Alle übrigen einheimischen und ausländischen Produkte sind im Preise um 19 bis 76 Proz. gestiegen, am meisten die verschiedenen Fleischsorten und das Brotgetreide. Es ist dies eine Illustration für die so oft gehörte Behauptung unserer Agrarier, daß die Weltmarktpreise in den letzten Jahrzehnten so stark gesunken wären, daß nur durch einen ständig erhöhten Subsidium der Sturz für die Inlandpreise hätte etwas „verlangsamt“ werden können. Mögen auch in einer noch weiter zurückliegenden Zeit speziell die Weizenpreise vorübergehend höher gestanden haben als selbst heute, so bilden diese Preise doch keineswegs die Basis, auf der der Hauptteil der heutigen Verbraucher seine Landgüter erworben hat. Die oben angeführten Zahlen be weisen zugleich aber auch in Verbindung mit der Preissteigerung der industriellen Produkte, der Mieten usw., wie wenig in Wirklichkeit die vielgerühmte „Steigerung der Löhne“ in den letzten 20 Jahren, die noch dazu große Arbeiterschichten in zurückgebliebenen Gegenden ganz unberührt gelassen hat, zu bedeuten hat.

Eine Aktion gegen die Mitgliedschaft der Lehrer und städtischen Beamten bei den Konsumvereinen in Dresden. Vor fast vier Jahren, Mitte August 1901, wandte der Innungsausschuß in Dresden sich mit einer Eingabe an die dortigen städtischen Kollegien — Rat und Stadtverordneten — mit dem Ersuchen, „das Verbot der Teilnahme an Erwerbs- und Wirtschaftsvereinigungen, wie es in der Allgemeinen Arbeiterordnung für die ständigen städtischen Arbeiter festgesetzt sei, auch auf alle städtischen Beamten und Lehrer auszudehnen“. Man hätte meinen sollen, ein derartiges Verlangen, das in so unzulässiger gegen die guten Sitten verstoßenden Weise in das Privatleben gewisser Staatsbürger eingegriffen wissen will, hätte entscheidend und ohne weiteres zurückgewiesen werden müssen. Doch das geschah seitens der Dresdener Gemeindeverwaltung, die schon immer im Banne dieser Art Mittelstandsreiter gestanden hat, nicht. Der Rat befaßte sich vielmehr sehr eingehend mit der Sache, und im Februar 1903 kam eine vom Oberbürgermeister unterzeichnete Ratssdruckfache an die Stadtverordneten, in der das Ergebnis der Ermittlungen mitgeteilt wird. Es ist in jeder Beziehung negativ gewesen. Einmal hat sich die Betätigung der Beamten und Lehrer auf dem Gebiet der fraglichen Wirtschaftsvereinigungen als sehr geringe herausgestellt. Ferner hat der Rat aber auch gar keine Möglichkeiten gefunden, gegen die Beamten und Lehrer, die sich zum Acquis der Mittelständler gute Waren billiger durch direkten Bezug verschaffen wollen, in der gewünschten Weise vorzugehen. Den Willen hat der Dresdener Rat wohl gehabt. Er ließ in der Druckfache jedoch keinen Zweifel darüber, daß ihm die Erfüllung des Wunsches des Innungsausschusses ebenso unzumutbar wie unmöglich erschiene. Drei volle Jahre hat nun die Angelegenheit bei den Stadtverordneten geruht. Sie schienen es angeht die der Sachlage nicht eilig mit der endgültigen Entscheidung zu haben, die jetzt erst, in der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Februar, erfolgt ist. Der Innungsausschuß schlug vor, der Ansicht des Rates beizutreten, das Gesuch unberücksichtigt zu lassen. Inzwischen ist ja auch das Verbot gegen unsere Kollegen, die städtischen Arbeiter, wieder aufgehoben worden.

Der Umsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft im Jahre 1907. Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine hat nun ihre definitive Umsatzziffer für das Jahr 1907 festgestellt. Es beträgt der Umsatz:

pro 1907	59 866 220,04 RM.
pro 1906	46 503 287,02 „
pro 1907 mehr	13 362 933,02 „

An dem erhofften Umsatz von 60 Millionen Mark fehlt also nur eine ganz geringfügige Summe. Prozentual beläuft sich die Steigerung der Umsatzziffer auf 28,7 Proz. Im Jahre 1906 betrug die Steigerung 20 Proz., 1905 nur 14 Proz. Seit 1899, in welchem Jahre der Umsatz 6 296 072 RM. erreicht hatte, betrug die Vermehrung:

1900	1 660 283 RM.	1904	7 488 517 RM.
1901	7 181 426 „	1905	5 850 793 „
1902	8 430 494 „	1906	7 723 038 „
1903	4 877 640 „	1907	13 362 933 „

Die letztjährige Umsatzsteigerung hat also die vorhergehende nahezu um das Doppelte übertroffen. In dieser bedeutenden Steigerung spiegelt sich die Erhöhung aller Lebensmittelpreise wider; daneben legt die Zunahme der Tätigkeit der Großeinkaufs-Gesellschaft aber auch Zeugnis von der großer werdenden Intensität der Genossenschaftsbewegung ab.

Verammlungskalender

Lübeck. Verammlung am Freitag, den 3. April 1908, abends 7,9 Uhr im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50/52.

Totenliste des Verbandes.

Heinrich Möller, Kassel † 22. Februar 1908 im Alter von 46 Jahren.	Schmittinger, Frankfurt-M. † 12. März 1908 im Alter von 42 Jahren.
Robert Leipner, Berlin † 2. März 1908 im Alter von 26 Jahren.	Heinrich Goldt, Hamburg † 14. März 1908 im Alter von 59 Jahren.
Franz Hogetelow, Lübeck † 6. März 1908 im Alter von 57 Jahren.	Philipp Vorwilt, Wiesbaden † 14. März 1908 im Alter von 74 Jahren.
Bernh. Böhm, Magdeburg † 9. März 1908 im Alter von 54 Jahren.	Mathias Moser, München † 15. März 1908 im Alter von 65 Jahren.
Emil Seiserl, Dresden † 11. März 1908 im Alter von 39 Jahren.	G. Gekmann, Frankfurt-M. † 16. März 1908 im Alter von 74 Jahren.
J. G. D. Danker, Hamburg † 12. März 1908 im Alter von 63 Jahren.	Max Lehmann, Chemnitz † 18. März 1908 im Alter von 33 Jahren.
Franz Ischerpe, Chemnitz † 18. März 1908 im Alter von 58 Jahren.	

Ehre ihrem Andenken!

Filiale Bayreuth.

Unsere regelmäßigen Mitglieder-Verfassungen finden im Jahre 1908

jeden 1. Samstag im Monat

abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“ statt. Die Mitglieder wollen dies beachten.

Nächste Verammlung am 4. April d. J. Die Tagesordnung wird in der Verammlung bekanntgegeben. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Um pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.